

**Die internationale
Zusammenarbeit der Schweiz**
Halbzeitbericht zur Umsetzung der
Botschaft 2017 – 2020



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Internationale Zusammenarbeit im Interesse der Schweiz

Sehr geehrte Frau Ständeratspräsidentin
Sehr geehrter Herr Nationalratspräsident
Sehr geehrte Parlamentarierinnen und Parlamentarier

Armut und Not lindern, natürliche Lebensgrundlagen erhalten, sowie Frieden, Demokratie und die Achtung der Menschenrechte fördern: Das ist unser Auftrag. Mit diesem Engagement tragen wir täglich im Namen der Schweiz zu einem stabilen internationalen Umfeld, einer nachhaltigen Entwicklung sowie der Schaffung wirtschaftlicher Perspektiven bei. **Dies dient auch dem Wohlstand und der Sicherheit unseres Landes.**

Die aktuelle Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit (IZA) der Schweiz 2017–2020 setzt mit den Wirkungszielen die entsprechenden Prioritäten. Das Parlament hat den Bundesrat beauftragt, in der Mitte der laufenden Botschaftsperiode über die Zielerreichung und die Wirksamkeit der ergriffenen Massnahmen zu berichten. Mit dem vorliegenden Halbzeitbericht legen wir Rechenschaft entlang dieser Wirkungsziele ab. In drei Bereichen präzisieren parlamentarische Bundesbeschlüsse und eine Motion der Aussenpolitischen Kommission des Ständerates den Auftrag der Schweizer IZA. Im Folgenden gehen wir darauf ein:

Der Halbzeitbericht soll auf der Basis von externen Evaluationen und anerkannten Messmethoden erstellt werden: Die Wirkungsmessung ist integrierter Bestandteil unserer Programm- und Projektsteuerung und fördert das institutionelle Lernen – auch über Misserfolge. In einem wissenschaftlich fundierten Wirkungsbericht im Bereich Beschäftigung evaluierten externe Expertinnen und Experten 2017 ein umfangreiches Projektportfolio der DEZA und des SECO (vgl. Seite 19).¹ Der Halbzeitbericht zitiert an zahlreichen Stellen Resultate von Wirkungsberichten und Erkenntnisse externer unabhängiger Evaluationen. Er

legt auch dar, wie die IZA offen und konstruktiv mit nicht zufriedenstellenden Resultaten umgeht. Mit repräsentativen Kennzahlen, die auf Resultaten von 2016 und 2017 beruhen, berichten wir über Fortschritte in den einzelnen Wirkungsbereichen. Konkrete Projektbeispiele illustrieren Erfolge und Herausforderungen und zeigen, wie DEZA, SECO und AMS damit umgehen.

Dort, wo es im Interesse der Schweiz ist, sollen IZA und Migrationspolitik verknüpft werden, indem Konflikt- und Migrationsursachen bearbeitet werden: Weltweit gibt es schätzungsweise 258 Millionen Migrantinnen und Migranten. Dies entspricht 3,4 Prozent der Weltbevölkerung.² In Partnerländern geht die Schweiz Konflikt- und Migrationsursachen an, indem sie die Lebensumstände von benachteiligten Menschen verbessert und gute Regierungsführung stärkt. Sie setzt sich für eine friedliche Lösung bewaffneter Konflikte ein, indem sie den Dialog zwischen allen Beteiligten fördert. Die Schweiz unterstützt Migrantinnen und Migranten, ihr im Ausland erworbenes Geld und Wissen – heutzutage ein wichtiger Entwicklungsmotor – sicher und regulär in ihre Heimatländer zu transferieren. Ebenfalls im Zentrum steht, Menschen auf der Flucht zu schützen, Not durch Vertreibung zu lindern und die Perspektiven der Vertriebenen vor Ort zu verbessern. Aufgrund der vielfältigen Ursachen von Migrationsbewegungen sind quantifizierbare Effekte der IZA generell schwierig nachzuweisen. Die unterschiedlichen Migrationsgründe reflektieren sich in unseren Wirkungszielen. Die Resultate in diesem Halbzeitbericht zeigen, wie wir Konflikt- und Migrationsursachen gemeinsam und aktiv bearbeiten. Zudem wird der Abschluss von Abkommen

und Partnerschaften gemäss Bundesbeschluss vorangetrieben wie zum Beispiel 2018 die neue Migrationspartnerschaft mit Sri Lanka.

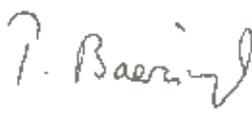
Die IZA soll einen Schwerpunkt auf das Thema Berge legen: Die Schweiz kann auf wertvolles Fach- und Erfahrungswissen aus den eigenen Bergregionen zurückgreifen. Sei dies im Umgang mit Klimawandel und Naturkatastrophen oder wenn es darum geht, mehr Ernährungssicherheit und Einkommensmöglichkeiten zu schaffen. Dank diesem Wissen können wir uns glaubwürdig für bessere Lebensbedingungen der Bergbevölkerung in Partnerländern und internationalen Gremien einsetzen. Ein Erfolg für uns ist, dass der Weltklimarat die Auswirkungen des Klimawandels in Berggebieten im nächsten Bericht prominent untersuchen wird.

Die IZA baut auf Schweizer Expertise und Innovationskraft. Wir arbeiten in enger Partnerschaft mit Schwerpunktländern und -regionen, multilateralen Organisationen, dem Privatsektor und Nichtregierungsorganisationen. Zusammen mit interessierten Akteuren unterstützen wir die nötigen Veränderungen und Reformen in Partnerländern. Mit der IZA festigt die Schweiz auch ihre Position und Beachtung in der Welt.

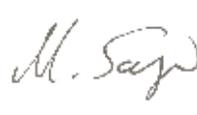
Gemeinsam sind wir mit der Umsetzung der Botschaft 2017–2020 auf Kurs. Der vorliegende Halbzeitbericht zeigt, dass ein sorgfältig kombinierter Einsatz der Kernkompetenzen und Instrumente der drei Bundesstellen die Menschen in den Schweizer Partnerländern wirkungsvoll unterstützt, hin zu einer Welt ohne Armut und in Frieden, die sich nachhaltig entwickelt.



Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch
Staatssekretärin, Direktorin SECO



Pascale Baeriswyl
Staatssekretärin EDA



Manuel Sager
Botschafter, Direktor DEZA

¹ Wirkungsbericht Internationale Zusammenarbeit der Schweiz im Bereich Beschäftigung 2005–2014, 2017.

² UNO, International Migration Report 2017, 2017.

Inhalt

Editorial: Internationale Zusammenarbeit im Interesse der Schweiz	3
Antworten auf globale Herausforderungen	5
Beanspruchung der Rahmenkredite	6
Starke Akzente der DEZA	7
Für eine entwicklungsfördernde Globalisierung – Wirkungsziel 1	8
Krisen und Fragilität vorbeugen und bewältigen – Wirkungsziel 2	9
Besserer Zugang zu Grundversorgung – Wirkungsziel 3	10
Mehr Arbeitsplätze und höheres Einkommen sichern – Wirkungsziel 4	11
Gemeinsamer Weg zu guter Regierungsführung – Wirkungsziel 5	12
Starkes internationales Engagement für Menschenrechte – Wirkungsziel 6	13
Ohne Gleichstellung keine nachhaltige Entwicklung – Wirkungsziel 7	14
Politische Mitsprache und Marktwirtschaft in Osteuropa – Wirkungsziel 8	15
Globale Antworten auf humanitäre Herausforderungen – Wirkungsziel 9	16
Leben retten und Leid lindern in Krisensituationen – Wirkungsziel 10	17
Wirkungsorientierung und Zielwerte zur Umsetzung der Botschaft	18
DEZA und SECO schaffen Arbeitsplätze – eine Wirkungsstudie	19
SECO fördert nachhaltiges und inklusives Wirtschaftswachstum	20
Wachstum durch gute Rahmenbedingungen und staatliche Leistungen – Wirkungsziel 1	21
Bessere Zukunftsperspektiven durch gute Jobs – Wirkungsziel 2	22
Gestärkter Handel und höhere Wettbewerbsfähigkeit – Wirkungsziel 3	23
Eine klimaverträgliche Wirtschaft fördern – Wirkungsziel 4	24
Enge Zusammenarbeit mit den Multilateralen Entwicklungsbanken	25
Gemeinsames Engagement in Nordafrika und im Mittleren Osten	26
Frieden und Stabilität: Die AMS leistet Pionierarbeit	27
Vorbeugen ist besser als heilen – Wirkungsziel 3	28
Frieden ermöglichen, Frieden erhalten – Wirkungsziel 1	29
Menschen im Krieg und auf der Flucht brauchen Schutz – Wirkungsziele 2 & 4	30

Antworten auf globale Herausforderungen

Nie zuvor war der **weltweite Fortschritt bei der allgemeinen Lebensqualität** so spektakulär. Im Jahr 1990 lebten fast 50 Prozent der Menschen in Entwicklungsländern mit weniger als 1.25 US-Dollar am Tag; 2015 ist dieser Anteil auf 14 Prozent gesunken. Gleichzeitig erreichte die Einschulung 91 Prozent und die Kindersterblichkeit wurde im Vergleich zu 1990 um mehr als die Hälfte reduziert. Die IZA der Schweiz hat zu diesen internationalen Fortschritten beigetragen, wie die Wirkungszahlen der DEZA und des SECO aber auch die zahlreichen unabhängigen Evaluationen und Wirkungsberichte in den letzten Jahren zeigen.

Es bleiben jedoch große Herausforderungen, welche nicht von einzelnen Staaten allein bewältigt werden können: Folgen des Klimawandels, anhaltende Krisen und auch extreme Armut³, welche immer noch rund 700 Millionen Menschen betrifft. Deshalb ist es wichtig, dass sich die Weltgemeinschaft dem Ansatz für eine nachhaltige Entwicklung verpflichtet, der auf die drei Dimensionen Wirtschaft, Soziales und Umwelt baut.

Mit der **Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung** hat die internationale Gemeinschaft erstmals einen Handlungsrahmen mit 17 Zielen vereinbart, zu dem sich alle Staaten gleichermassen verpflichten. Die Agenda 2030 weist den Weg in eine zukunftsfähige Welt im Einklang mit der Natur, in Wohlstand, Frieden und Partnerschaft. Die Schweiz hat sich bei der Vorbereitung und Verhandlung der Agenda 2030 stark eingesetzt und treibt deren Umsetzung voran, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene.

Das Erstarren undemokratischer Kräfte und humanitäre Krisen fordern die Schweiz und ihre IZA heraus. Die internationale Ordnung, die sich auf multilaterale Zusammenarbeit wie die Achtung des Völkerrechts und der Menschenrechte abstützt, wird in Frage gestellt. Bewaffnete Konflikte, schwache staatliche Institutionen und mangelnde Perspektiven in **fragilen Kontexten** gehören weiterhin zu den grössten entwicklungspolitischen Herausforderungen. Die Schweiz hat deshalb ihr Engagement in fragilen Kontexten verstärkt. Sie setzt sich für den Schutz von Menschen auf der Flucht und für die Friedensförderung ein.

Die IZA der Schweiz begegnet diesen globalen Herausforderungen nicht nur mit dem gezielten Ineinandergreifen der Instrumente der DEZA, der AMS und des SECO, sondern auch mit **neuen Partnerschaften**, beispielsweise bei der Bearbeitung von Migrationsursachen. In Zusammenarbeit mit dem Privatsektor engagiert sich die Schweiz für neue Arbeitsplätze und eine arbeitsmarktgerechte berufliche Aus- und Weiterbildung. Im Rahmen der Privatsektorförderung wird in Partnerländern das Geschäftsumfeld verbessert, in Infrastruktur und in marktgerechte Fachkompetenzen von Arbeitnehmenden investiert. Dadurch entstehen langfristig bessere wirtschaftliche Perspektiven – wovon die Bevölkerung und auch die beteiligten Unternehmen profitieren. Die globalen Herausforderungen können nur in Zusammenarbeit mit dem Privatsektor bewältigt werden. Die für die Umsetzung der Agenda 2030 notwendige Zunahme der Investitionen in Entwicklung und die damit verbundene Hebelwirkung sind nur durch zusätzliche Finanzen und den Einsatz von innovativen Produkten zu erzielen.

Der Auftrag des Parlaments zur **strategischen Verknüpfung** von internationaler Zusammenarbeit und Migrationspolitik wird in enger Zusammenarbeit zwischen dem EDA, dem WBF und dem EJPD umgesetzt. Bei der Erarbeitung neuer Regional- und Länderstrategien für das Horn von Afrika, Nordafrika, den Mittleren Osten, den Sudan, Nepal und Bangladesch wurde die Bearbeitung von Konflikt- und Migrationsursachen explizit priorisiert.

Als wichtige Partner der Schweizer IZA spielen die **Schweizer Nichtregierungsorganisationen (NGO)** eine zentrale Rolle in der Realisierung der fünf Ziele der schweizerischen Aussenpolitik und für die Umsetzung der Botschaft der IZA. In der Schweizer Bevölkerung sind sie stark verankert und international gut vernetzt. Mit ihrer Arbeit verbinden sie humanitäre Nothilfe und Entwicklungszusammenarbeit und sensibilisieren die Schweizer Bevölkerung für die enge Verknüpfung von innen- mit aussenpolitischen Anliegen. Zudem fördern sie Innovation und haben in prioritären Themen der Schweizer IZA grosse Expertise entwickelt. Eine unabhängige externe Evaluation im Jahr 2017 bestätigt die Relevanz der Arbeit der NGO für die Zielerreichung der Botschaft.⁴ Die Evaluation zeigt auch auf, dass die bis anhin praktizierte individuelle Gestaltung der Partnerschaften heute nicht mehr dem veränderten Umfeld entspricht. Eine neue Politik für das Engagement mit Schweizer NGO wird bis Anfang 2019 erarbeitet.

3 Die Definition der extremen Armut wird regelmässig von der Weltbank an die veränderten Lebenshaltungskosten angepasst. Im Oktober 2015 hob die Weltbank die Armutslinie von 1.25 US-Dollar auf 1.90 US-Dollar und passt sie damit der veränderten Kaufkraft an. Der reale Wert von Gütern und Dienstleistungen, die man in den USA mit 1.90 US-Dollar im Jahr 2011 erwerben konnte, entspricht damit genau jenem, welche man mit 1.25 US-Dollar im Jahr 2005 erhielt.

4 Independent Evaluation of SDC Partnerships with Swiss NGOs, 2017.

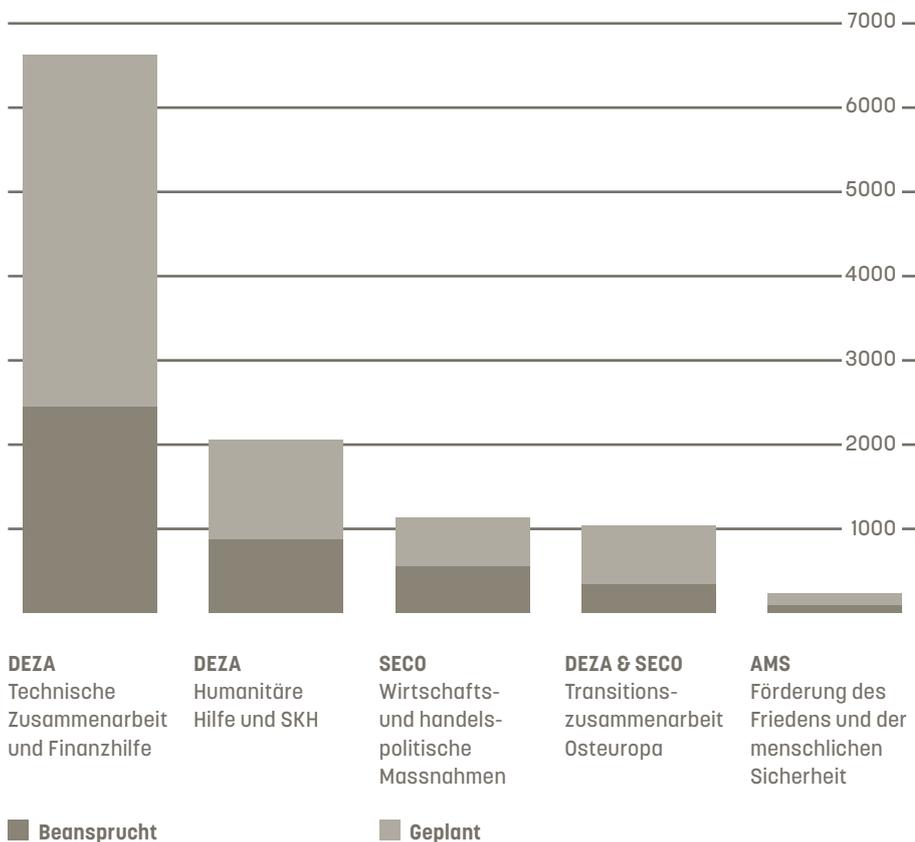
Beanspruchung der Rahmenkredite

Mit der Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit 2017–2020 hat der Bundesrat fünf Rahmenkredite mit den entsprechenden institutionellen Verantwortungen unterbreitet: (1) Technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern

(technische Zusammenarbeit: DEZA; multilaterale Zusammenarbeit: DEZA/SECO); (2) Humanitäre Hilfe und Schweizerisches Korps für humanitäre Hilfe (SKH) (DEZA); (3) Wirtschafts- und handelspolitische Massnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit

(SECO); (4) Transitionszusammenarbeit mit den Ländern Osteuropas (DEZA/SECO); und (5) Massnahmen zur Förderung des Friedens und der menschlichen Sicherheit (AMS).

In Millionen Franken (Stand 30.06.2018)



Die Zusammenstellung zeigt pro Rahmenkredit die mit bewilligten Anträgen **beanspruchten Mittel** sowie die noch **geplanten Mittel**. Dabei zeigt die Darstellung die **sorgfältige, flexible und wirtschaftliche Umsetzung** der Botschaft:

- Geplante Programme und Projekte werden **gewissenhaft vorbereitet und geprüft**: Somit werden in der 2. Hälfte der Umsetzungsperiode die Verpflichtungen zunehmen.

- Die Humanitäre Hilfe und die AMS reagieren **flexibel und schnell**, da Krisen und Konflikte nicht planbar sind. Der Grossteil der Mittel der beiden Rahmenkredite kann aus diesem Grund nicht bereits verpflichtet werden, sondern muss für das rasche Handeln zur Verfügung stehen.
- **Wirtschaftlichkeit und Effizienz** bestimmen die Verpflichtungen sowie die Planung von neuen Aktivitäten der Schweizer IZA.

Der heutige Umsetzungsstand entspricht den Erfahrungswerten vergangener Botschaften. Die Umsetzung der aktuellen Rahmenkredite ist auf Kurs.

Starke Akzente der DEZA

Im Rahmen der Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit 2017–2020 hat der Bundesrat für die Arbeit der DEZA fünf besondere Akzente gesetzt. **Erstens** wird die **Unterstützung von Menschen in Not** intensiviert. Seit Anfang 2017 konnte die DEZA 5,3 Millionen Menschen in prekären Umständen Überlebenshilfe gewähren. Um Menschen in Not zu erreichen, braucht es ein gut funktionierendes humanitäres Netzwerk. Deshalb unterstützt die DEZA Partnerorganisationen in ihren Reformbemühungen und setzt sich für eine wirkungsvolle und prinzipientreue humanitäre Hilfe ein. Damit unterstreicht die Schweiz ihre humanitäre Tradition. Die grosse Wirkung dieses humanitären Engagements ist auf den Seiten 16 und 17 illustriert.

Armut, Menschenrechtsverletzungen, Diskriminierungen und schwache oder korrupte staatliche Institutionen bilden einen Nährboden für soziale Spannungen, wirtschaftliche Instabilität, gewalttätigen Extremismus und bewaffnete Konflikte. Daher hat die DEZA **zweitens** ihr **Engagement in fragilen Kontexten** ausgebaut. Die Hälfte der Mittel der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit fliesst gezielt in die Reduktion von Konfliktsachen und Fragilität, insbesondere im Nahen Osten und in Subsahara-Afrika. Da fragile Staaten und Regionen weniger gute Voraussetzungen haben, sich aus eigener Kraft aus Armut und Instabilität zu befreien, ist hier der Einsatz der DEZA besonders wichtig. Obschon die Aktivitäten auch mit Risiken für das eingesetzte Personal und für den nachhaltigen Erfolg der Programme und Projekte verbunden sind, liegt dieser Fokus im Interesse der Schweiz. Lesen Sie mehr dazu auf den Seiten 9, 12 und 13.

Drittens bleibt die **Verringerung von Armut und Ungleichheit** eine Priorität der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit. Ein Schlüsselinstrument der Armutsbekämpfung sind die Grundbildung und Berufsbildung. In Krisengebieten hat die Schweiz ihr Engagement im Bereich Grundbildung seit Anfang 2017 stark ausgebaut, beispielsweise in Jordanien und im Libanon. Diese Länder leiden besonders unter den Auswirkungen regionaler Instabilitäten und riskieren prekäre Schulperspektiven und verlorene Generationen (vgl. Seite 17). Auch in der Berufsbildung weitete die DEZA ihr Engagement aus: Entsprechende Projekte werden in mehr als 80 Prozent der DEZA-Schwerpunktländer umgesetzt. Das Ineinandergreifen von Grundbildung und Berufsbildung ist ein zentrales Element der neuen Bildungsstrategie der DEZA, welche 2017 lanciert wurde.

Viertens engagiert die DEZA sich weiterhin zusammen mit dem SECO und dem BAFU im **Kampf gegen den Klimawandel und andere globale Herausforderungen**. Im Bericht des Bundesrates in Erfüllung des entsprechenden Postulats (15.3798) der aussenpolitischen Kommission des Nationalrates über die internationale Klimafinanzierung hat sich der Bundesrat für einen Schweizer Klimafinanzierungsbeitrag ab 2020 von rund 450–600 Millionen Franken pro Jahr ausgesprochen. Dieser Beitrag soll aus den bestehenden öffentlichen Mitteln und durch eine verstärkte Mobilisierung des Privatsektors erbracht werden. Um vermehrt klima- und entwicklungsrelevante Investitionen des Privatsektors in Entwicklungsländern zu ermöglichen, setzt sich die Schweiz für innovative Partnerschaftsmodelle mit lokalen und internationalen Firmen ein.

Dem Privatsektor kommt als Motor des Wirtschaftswachstums in Entwicklungs- und Transitionsländern eine Schlüsselrolle zu. Die DEZA hat in den vergangenen zwei Jahren viel unternommen, um **fünftens** den **Privatsektor als Katalysator für nachhaltige Entwicklung** noch stärker zu mobilisieren. Die DEZA will sowohl mit lokalen Firmen in Entwicklungsländern als auch mit multinationalen Unternehmen auf Augenhöhe zusammenarbeiten, um eine grösstmögliche Hebelwirkung der öffentlichen Investitionen für eine maximale Entwicklungswirkung zu erzielen. Seit Anfang

2017 wurden zudem bereits laufende Projekte in Zusammenarbeit mit dem Privatsektor, die nicht den Vereinbarungen entsprachen entweder auf Kurs gebracht oder im gegenseitigen Einvernehmen abgeschlossen. Auf Seite 11 wird geschildert, wie die DEZA in Partnerschaft mit dem Privatsektor arbeitet.

Unter Einbezug externer Experten lässt die DEZA jährlich die Wirkung von über 100 Programmen und Projekten messen (vgl. Seite 18). Im folgenden Bericht verweisen wir in den entsprechenden Kapiteln auf die grossen institutionellen und thematischen Evaluationen aus den Jahren 2017 und 2018. Hinzu kommen die Analysen zur Umsetzung der Kooperationsstrategien in Afghanistan, dem Mittleren Osten, Moldawien, Mongolei und Haiti. Alle externen unabhängigen Evaluationsberichte sowie Stellungnahmen der Direktion sind auf der Webseite der DEZA unter *Resultate und Wirkung* veröffentlicht.

Für eine entwicklungsfördernde Globalisierung

Kein Land ist in der Lage, alleine Antworten auf die gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen zu finden. Internationale und nationale Strategien für eine entwicklungsfördernde Globalisierung können nur gemeinsam umgesetzt werden. Da die Schweiz in besonderem Masse von der Globalisierung profitiert, hat sie auch ein grosses Interesse zur gemeinsamen Lösung von globalen Problemen beizutragen.

Die DEZA beteiligt sich aktiv am internationalen Dialog und an Umsetzungsstrategien in ihren Partnerländern. Dabei orientiert sie sich an den international vereinbarten Zielen der Agenda 2030. Im Gesundheitsbereich beispielsweise sind die Vereinten Nationen (UNO) die einzige multilaterale Organisation mit einem expliziten Mandat zur Bewältigung globaler Gesundheitsfragen wie Ebola oder HIV/Aids. Durch ihre Mitgliedschaft in der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und UNAIDS trägt die Schweiz zur Schaffung internationaler Regeln und Standards zur Prävention und Behandlung von Ebola- und HIV/Aids-Fällen bei. Diese Standards kommen auch in der Schweiz zur Anwendung.

Ein übergreifender Ansatz für globale Herausforderungen

Klimatische Veränderungen, Nahrungs- und Wasserkrisen sowie Gesundheitsrisiken und Migration beeinflussen die Entwicklungsperspektiven weltweit. Klimaexperten schätzen, dass sich schon Mitte des Jahrhunderts eine dramatische Klimakatastrophe anbahnt, falls es die Menschheit nicht schafft, sich von ihrer Abhängigkeit von fossilen Energiequellen zu lösen. Traditionelle Formen der Kooperation reichen deshalb nicht mehr aus, um globalen Herausforderungen zu begegnen: Ein übergreifender Ansatz verbindet lokale konkrete Lösungen mit den global geführten Dialogen und wird von der DEZA erfolgreich eingesetzt.

Die DEZA bringt gezielt Wissen von Schweizer Expertinnen und Experten und Projekterfahrungen in die globalen Dialoge ein. Gleichzeitig pflegt sie den Austausch mit multilateralen Institutionen. International engagiert sich die DEZA gemeinsam mit ihren Partnern in der Ausarbeitung globaler Regeln und Abkommen zu fünf globalen Fokusthemen: Klimawandel und Umwelt, Landwirtschaft und Ernährungssicherheit, Gesundheit, Migration und Entwicklung sowie Wasser. Somit stimmt sie die nationale und regionale Politikarbeit mit der globalen Ebene ab. Die DEZA leistet einen wichtigen Beitrag zur Vernetzung von Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Forschung und Zivilgesellschaft. Diese Partnerschaften katalysieren die Arbeit der DEZA und führen zu nachhaltigen Lösungen.

Erste Sozialversicherung in Nigeria aus Potentatengeldern

Die Rückerstattung der Gelder des nigerianischen Ex-Diktators Sani Abacha von Schweizer Konten an die Bevölkerung Nigerias erfolgte in Partnerschaft mit Nigeria und in Zusammenarbeit mit der Weltbank. Im Dezember 2017 führten diese zu einer richtungsweisenden Vereinbarung über die Rückgabe von 321 Millionen Franken Potentatengelder an Nigerias Bevölkerung. Die Gelder fliessen in ein Projekt, welches das erste nationale Sozialversicherungssystem Nigerias aufbaut. Dadurch wird sichergestellt, dass die Rückerstattung unmittelbar den ärmsten Teilen der nigerianischen Gesellschaft zugutekommt. Das Abkommen beruht auf Transparenz und Rechenschaftspflicht und bezieht die Zivilgesellschaft in den Überwachungsprozess ein. Es illustriert, wie die Schweiz Grundsätze für die Rückführung von unrechtmässig erworbenen Vermögenswerten weiterentwickelt hat.

Energieeffizientes Bauen in Indien

Fast 40 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen werden durch den Gebäudesektor verursacht. Indien mit seiner florierenden Wirtschaft und den damit einhergehenden Plänen zum Bau von neuen Grossstädten nimmt sich mit der Entwicklung von Bauvorschriften dieser Herausforderung an. Bis anhin gab es in Indien keinen Gebäudestandard für Wohngebäude. Seit mehreren Jahren arbeitet die DEZA erfolgreich mit Indien im Rahmen eines Gebäudeenergieeffizienzprojekts zusammen. Da voraussichtlich eine beträchtliche Anzahl Gebäude in den kommenden 30 Jahren gebaut werden, kann der Energiebedarf in Zukunft dank eines Energieeinsparungsbaukodexes massiv reduziert werden. Dieser Kodex soll alle neuen Wohngebäude in Indien abdecken. Das Projekt zeigt, dass langfristige Beziehungen und erarbeitetes Vertrauen in die DEZA bedeutende Reformen in den Partnerländern anstossen können.

Mitgestaltete internationale Politiken und Normen:

Klimawandel: 5
Ernährungssicherheit: 11
Gesundheit: 19
Migration: 7
Wasser: 13

Herausforderungen

Die Industrieländer haben sich gemeinsam verpflichtet, ab 2020 insgesamt 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr für Klimamassnahmen in Entwicklungsländern aus öffentlichen und privaten Quellen bereitzustellen. Der Bundesrat sieht den fairen Schweizer Anteil bei 450 – 600 Millionen Franken pro Jahr ab 2020. Die Mobilisierung privater Klimafinanzierung durch öffentliche Investitionen stellt insbesondere in ärmeren Entwicklungsländern eine Herausforderung dar. Im Rahmen der Erarbeitung der nächsten Botschaft der IZA werden zusätzliche Massnahmen zur verstärkten Einbindung des Privatsektors geprüft.

Krisen und Fragilität vorbeugen und bewältigen

Konflikte fordern jedes Jahr Tausende von Menschenleben und können in kurzer Zeit die Entwicklungsschritte ganzer Jahrzehnte einer Gesellschaft zerstören. In einer globalisierten Welt wirken sich Konflikte immer auch auf die Schweiz aus, sei es durch ein schlechteres Investitionsklima oder daraus entstehende Migrationsbewegungen. Die DEZA trägt dazu bei, die Ursachen für Fragilität und Krisen zu bekämpfen und ihre negativen Folgen zu mindern.

In fragilen Kontexten wird der komplementäre Einsatz der IZA-Instrumente besonders gefördert. In vielen Landesstrategien greifen nicht nur humanitäre Aktivitäten und Entwicklungsprogramme ineinander, sondern werden wo immer möglich Kooperationsstrategien von DEZA, AMS, SECO und dem Staatssekretariat für Migration (SEM) gemeinsam erarbeitet und umgesetzt (vgl. Seite 26).

Konfliktprävention

Konflikte kennen viele Ursachen. So können politische und soziale Ausgrenzung, das Erbe vergangener Gräueltaten, andauernde Krisen und Menschenrechtsverletzungen zu einem Gewaltausbruch führen. Die DEZA fördert mit ihren Programmen das Vertrauen unter den Partnern selbst sowie das Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit und in die Behörden. Diese Aktivitäten der DEZA beispielsweise in der Ukraine aber auch in Syrien stärken die Widerstandskraft der Gesellschaften und helfen, weiteren Konflikten und Gewalt vorzubeugen.

Nachhaltige Versöhnungsprozesse

In Mali und im Tschad trägt die DEZA zu einem möglichst umfassenden Frieden und zum Abbau von Spannungen zwischen Konfliktparteien bei. Sie unterstützt den Versöhnungsprozess, indem sie die Verständigung zwischen den Konfliktparteien fördert. In Kambodscha leistet die DEZA psychosoziale Unterstützung für Opfer und Angehörige und trägt so zur Linderung der Folgen vergangener Gräueltaten bei.

Ursachen der Fragilität verringern

Die DEZA beteiligt sich an der Debatte über Menschenrechtsfragen und an der Förderung von Menschenrechtsnormen und -standards und von Schutzmechanismen (vgl. Seite 13). Sie fördert die Rechenschaftspflicht staatlicher Einrichtungen, berät diese in der Ausarbeitung von Gesetzesentwürfen und hilft beim Schutz benachteiligter Bevölkerungsgruppen. Durch den Abbau von Diskriminierung und Ausgrenzung in fragilen und von Konflikten betroffenen Regionen fördert die DEZA die Entwicklung friedlicher und gerechter Gesellschaften.

Basierend auf der Agenda 2030 und den Zielen für Friedens- und Staatsbildung der DEZA werden Auswege aus dieser unsicheren Lage möglich.

Gewaltprävention und Reform des Sicherheitssektors

In Afghanistan erhöht die DEZA die Sicherheit von mehr als 700'000 Menschen, indem sie in rund 120 Gemeinden spezifische Projekte zur Verbesserung der Sicherheit, wie Initiativen zur Prävention von Übergriffen auf Studentinnen oder zur Stärkung der Rechenschaftsablegung der zivilen Polizei unterstützt. In Tunesien unterstützt die DEZA die lokale Strategie zur Prävention von gewalttätigem Extremismus, indem sie die Regierung bei der Ausarbeitung öffentlicher Politiken zu Bildung, Gesundheit, Wirtschaft und politischer Partizipation der Jugend berät. Ziel ist es, möglichen Faktoren, die zur Ausgrenzung und Diskriminierung der Betroffenen führen könnten, auf Staatsebene zu begegnen. Ebenso werden Sicherheitskräfte sensibilisiert, in ihrer Arbeit demokratische und verfassungsrechtliche Prinzipien walten zu lassen.

Wasserkonflikte mindern

Konflikte über den Zugang zu Wasserressourcen verschärfen die Fragilität sowohl innerhalb als auch zwischen Staaten. In Zentralamerika, den Berggebieten Boliviens und Tadschikistans hilft die DEZA, Wasserkonflikte zu entschärfen. Sie unterstützt mit ihrer Expertise die Ausarbeitung von Gesetzen und Politiken zu Wasserfragen und fördert gewaltfreie Streitbelegungsmechanismen. In Bolivien wurden so von den verantwortlichen Gremien 32 Gesetze und Politiken verabschiedet.

In Nicaragua erhielten rund
9'500 Menschen
direkten Wasserzugang,
in Tadschikistan über
65'000 Menschen.

Herausforderungen

In fragilen Ländern erhöht die DEZA ihr Engagement trotz grosser Herausforderungen in der Projektumsetzung und verminderter Planbarkeit der verfügbaren Ressourcen.

In Süd- und Ostafrika unterstützt die DEZA Bürgerinitiativen, welche die Mitsprache in öffentlichen Planungs- und Budgetprozessen einfordern. Dies erhöht die Rechenschaft lokaler Behörden über die Mittelverwendung gegenüber der Bevölkerung. Damit wurden Verbesserungen im Bereich öffentlicher Dienstleistungen erzielt. In sensiblen Bereichen wie der Korruptionsbekämpfung stösst dieser Ansatz an seine Grenzen. Die Problematik tief verwurzelter Korruption, Vetterwirtschaft und des Machtmissbrauchs für persönliche Bereicherung verlangt ergänzende Ansätze. Als mögliche Antworten auf diese Herausforderung versucht die DEZA vermehrt Allianzen mit dem Privatsektor zu fördern. Ebenso ist ein gemeinsames Vorgehen mit anderen Gebern erforderlich.

Besserer Zugang zu Grundversorgung

Die globale Wichtigkeit einer lokalen Grundversorgung zeigt sich anschaulich in den Bereichen Gesundheit und Bildung. In unserer vernetzten Gesellschaft breiten sich übertragbare Krankheiten wie Ebola schnell über Kontinente aus. Hier können gut funktionierende nationale Gesundheitssysteme das Risiko einer weltweiten Ausbreitung stark minimieren. Andererseits erhalten junge Menschen durch die Möglichkeit eines guten Bildungsweges eine wertvolle Voraussetzung für positive Zukunftsaussichten.

Die DEZA setzt sich in ihren Partnerländern für eine qualitativ gute Grundversorgung insbesondere der benachteiligten Bevölkerungsgruppen ein. Zur Grundversorgung zählen Gesundheit, Wasser, Sanitärversorgung, Nahrung, Bildung sowie die nachhaltige Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen.

Abwassersysteme und Hygiene

Die DEZA trägt zur Verbreitung von sanitären Anlagen und Verbesserung der Hygiene sowohl in ländlichen als auch in urbanen Gebieten in Afrika, Asien und Lateinamerika bei. Rund 3 Millionen Menschen, davon sind die Hälfte Frauen, erhielten bisher Zugang zu Toiletten und anderen Hygieneeinrichtungen. Wichtig ist dabei auch die Sensibilisierung der Bevölkerung zum Thema Hygiene. Ein Projekt zur umweltschonenden Abfallbewirtschaftung und Abwasserreinigung mit einer Stadtverwaltung in Bolivien wurde nach drei Jahren eingestellt. Die Bäuerinnen und Bauern der unmittelbaren Nachbarschaft haben sich gegen das Projekt gewehrt, um das dafür vorgesehene Gelände für landwirtschaftliche Zwecke zu nutzen. Nach Lokalwahlen und dem Wechsel der politischen Kräfteverhältnisse verlor das Projekt auch die Unterstützung der städtischen Behörden. Dies zeigt deutlich, dass ein Projekt auf die Bedürfnisse der Bevölkerung abgestützt werden muss. Ohne die notwendige begleitende Kommunikation und Sensibilisierung bei der Bevölkerung hat ein Projekt wenig Erfolgchancen. Die DEZA und ihr Projektumsetzungspartner haben diesen Faktor unterschätzt und den lokalen Politikdialog zu wenig sorgfältig vorbereitet und geführt. Solche Erkenntnisse haben inzwischen stark zur Verbesserung des Risikomanagements der DEZA beigetragen.

Staatliche Gesundheitsbudgets

In vielen Partnerländern bleibt trotz der Stärkung der Gesundheitssysteme die Sterblichkeitsrate junger Frauen, Müttern und Kindern sehr hoch. Zudem sind nichtübertragbare Krankheiten wie Diabetes oder

Herz-Kreislauf-Erkrankungen für weltweit 70 Prozent aller Todesfälle verantwortlich.⁵ Deshalb unterstützt die DEZA die Staaten Afrikas bei der Umsetzung der Erklärung von Abuja 2001. Diese verlangt, dass 15 Prozent der Mittel des Staatshaushalts in die Verbesserung und Stärkung der Gesundheitssysteme in Afrika fließen sollen.

Zugang zu Nahrungsmitteln

Für 325'000 Bauernfamilien in Partnerländern verbesserte sich mit der Unterstützung der DEZA der Zugang zu Nahrungsmitteln dank der Registrierung der erworbenen Grundstücke. Der Verkauf von Agrarprodukten auf lokalen Märkten sichert ihre Existenz entscheidend. Myanmar verabschiedete dank der Schweiz eine nationale Landnutzungspolitik, die den Landzugang für arme und benachteiligte Bevölkerungsgruppen besser regelt.

Grundbildung und Berufsbildung für Perspektiven und Frieden

Bildung ist ein wichtiger Faktor für Konfliktbewältigung und Stabilität in fragilen Kontexten. Wegen Konflikt und Unsicherheit in der Region Mopti im Zentrum Malis waren 2017 rund 280 Schulen geschlossen. Lehrpersonal und Schulbehörden sind wegen Drohungen radikaler Gruppen geflüchtet. Kinder konnten über Monate die Schule nicht besuchen und riskierten, den Schulabschluss zu verpassen. Die DEZA ermöglichte es über 10'000 Kindern in der Region mittels «beschleunigter» Bildungsprogramme, die verpasste Schulzeit aufzuholen. Die DEZA leistet damit einen Beitrag zu sozialem Zusammenhalt und schafft Perspektiven.

In Bangladesch haben über eine Million Jugendliche, davon 62 Prozent junge Frauen, dank Berufsbildung ihr Einkommen um durchschnittlich 70 Franken pro Monat verbessert. Die Monatslöhne bei dieser Gruppe liegen zwischen 60 und 300 Franken. Eine berufliche Qualifizierung ermöglicht ihre soziale und wirtschaftliche Integration.

8 Millionen

Menschen haben dank der Schweiz besseren Zugang zu sauberem Trinkwasser und effizienten Bewässerungssystemen für die Landwirtschaft.

9 Millionen

Menschen, mehr als die Hälfte Frauen, erhalten dank Schweizer Engagement Zugang zu Grundbildung und Berufsbildung.

3 Millionen

Frauen und Kinder in Afrika haben mit Schweizer Unterstützung bei der Geburt überlebenswichtige Betreuung durch geschultes Gesundheitspersonal erhalten.

Herausforderungen

Der Zugang zu Grundbildung und Berufsbildung bleibt in vielen Ländern eine zentrale Herausforderung. Die DEZA verstärkt deshalb ihr Engagement weiterhin gemäss ihrer Bildungsstrategie von 2017 und im Rahmen der verfügbaren Finanzressourcen.

Infektionskrankheiten wie HIV/Aids bleiben eine enorme soziale Belastung im Südlichen Afrika, wo 39 Prozent der globalen HIV/Aids-Betroffenen leben. Wichtig für die DEZA bleiben weiterhin Projekte zur Ausarbeitung und Umsetzung klarer Präventionsstrategien.

⁵ WHO, Noncommunicable Diseases Progress Monitor 2017, 2017.

Mehr Arbeitsplätze und höheres Einkommen sichern

Die enge Zusammenarbeit der DEZA mit dem Privatsektor – insbesondere dem Schweizer Privatsektor – ermöglicht weltweit vielen benachteiligten Menschen Zugang zu erschwinglichen Dienstleistungen sowie zum Arbeitsmarkt. Indem die DEZA sich in der Ausarbeitung und Umsetzung von öffentlichen Politiken und privaten Initiativen für eine nachhaltige und gerechte wirtschaftliche Entwicklung engagiert, leistet sie einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung des Zugangs zu Finanzdienstleistungen, Berufsbildung und Märkten für arme und benachteiligte Bevölkerungsschichten.

Die DEZA baut das Engagement mit dem Privatsektor aus, um die Hebelwirkung für die Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 zu erhöhen. Jeder eingesetzte Steuerfranken der Schweiz soll ein Vielfaches an privatwirtschaftlichen Investitionen auslösen. Das SECO arbeitet komplementär im Bereich der Beschäftigung (vgl. Seite 22).

Zugang zu Finanzdienstleistungen

Finanzdienstleistungen umfassen Sparkonten, Versicherungen, Zahlungsverkehr und Kredite. Dank technischem Fortschritt, neuen digitalen Möglichkeiten und innovativen Programmen werden mehr Menschen für Mikroversicherungen erreicht. Dies stärkt die Widerstandsfähigkeit von armen und gefährdeten Menschen gegenüber unerwarteten Ereignissen wie Dürren und Krankheiten.

In Asien ermitteln Satelliten den Wachstumsfortschritt von Reispflanzen. Die Messdaten bilden zum einen die Basis für die Auszahlung von Versicherungsleistungen im Schadensfall an Reisbäuerinnen und -bauern, gleichzeitig lassen sich Versorgungsengpässe in ganzen Regionen vorhersehen. Das Projekt wird vom Privatsektor und den lokalen Regierungen mitgetragen. Im indischen Gliedstaat Tamil Nadu ist das Projekt ein Erfolg, während in anderen asiatischen Staaten die Implementierung auf Regierungsebene langsamer läuft, als von der DEZA geplant – es kommt zu Verzögerungen in der Umsetzung. Über eine Intensivierung des Politikdialogs versucht die Schweiz dem zu entgegenen.

Die öffentlich-private Zusammenarbeit innerhalb des gemeinnützigen Vereins «Swiss Capacity Building Facility» (SCBF) erreicht bereits über eine Million Menschen. Der SCBF kofinanziert massgeschneiderte Beratungen und Weiterbildungen für Finanzinstitute in Entwicklungs- und Schwellenländern und unterstützt Pilotprojekte mit Anschubfinanzierungen. Hierzu arbeitet die DEZA mit privaten Unternehmen und Stiftungen wie Syngenta Foundation, Swiss Re und ResponsAbility weltweit zusammen.

Verbesserung der lokalen Märkte

Grosse geografische Distanzen, fehlendes Wissen oder ein intransparentes Marktsystem erschweren benachteiligten Menschen den Zugang zum Arbeitsmarkt, die Aufnahme von Krediten oder die Verkaufsmöglichkeit ihrer Ernte. Die DEZA unterstützt die Weiterentwicklung ganzer Marktsysteme. In Serbien führt die bessere Aufteilung der Schulferien über das Kalenderjahr zu mehr Übernachtungen in Tourismusgebieten. Über 3'000 neue Arbeitsplätze sind durch diese Initiative der DEZA entstanden.

Berufsbildung führt zu höherem Einkommen

Berufsbildungsprojekte stärken einerseits die nationalen Bildungssysteme, zum anderen werden Menschen so ausgebildet, dass sie bessere und besser bezahlte Arbeit finden. Das Engagement der DEZA zielt auf Mehreinkommen von jährlich einigen hundert Franken. Sie erreicht in Bangladesch und den Berggebieten von Nepal mehrere zehntausend Menschen. Der Wirkungsbericht zur Beschäftigung stellt den Berufsbildungsprojekten gute Noten aus (vgl. Seite 19).⁶

Zusammenarbeit mit dem Privatsektor

Der Beitrag des Privatsektors zur nachhaltigen Entwicklung geht oft über Finanzen hinaus, denn private Akteure bringen auch Expertise für neuartige Lösungen ein. In Vietnam führt die intensivierte Kaffeeproduktion zu Wasserknappheit wegen übermässiger Bewässerung. Mit einem gemeinsamen Projekt konnten Nestlé und die DEZA bisher 24'000 Kaffee Kleinbäuerinnen und -kleinbauern im Hinblick auf eine nachhaltigere Wassernutzung unterstützen.

Von den Partnerschaften der DEZA mit dem Privatsektor profitieren allein in Lateinamerika **über 33 Millionen** Personen.

Herausforderungen

Die DEZA setzt in ihrem Berufsbildungsengagement nach dem Vorbild des Schweizer dualen Systems auf die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor und die Ausrichtung auf den Arbeitsmarkt. Dabei ist die praktische Berufserfahrung zentral. Der aktive Einbezug des Privatsektors bleibt aufgrund mangelndem Verständnis in vielen Partnerländern eine Herausforderung. Die DEZA initiiert deshalb Projekte, welche die Ausrichtung der Berufsbildung auf den aktuellen und zukünftigen Bedarf an Arbeitskräften fördert.

Die DEZA intensiviert die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor. Mit einem Anteil von 4 Prozent am Gesamtportfolio liegt die DEZA hier international im soliden Mittelfeld. Bis Ende 2020 strebt sie einen Anteil von mindestens 5 Prozent an. Die Nachfrage von Schweizer Unternehmen mit der DEZA entwicklungsfördernde Partnerschaften einzugehen ist steigend. Dabei stellt sich heraus, dass die DEZA Reputationsrisiken stärker einbeziehen muss. Ebenso arbeitet die DEZA am Hebeleffekt von öffentlichen Mitteln zur Mobilisierung von privaten Geldern.

6 Wirkungsbericht Internationale Zusammenarbeit der Schweiz im Bereich Beschäftigung 2005–2014, 2017.

Gemeinsamer Weg zu guter Regierungsführung

Gute Regierungsführung und darauf aufbauende gerechte wirtschaftliche Entwicklung sind zentral, um den Menschen langfristige Perspektiven und Mitspracherecht vor Ort zu schaffen. Die DEZA engagiert sich auf globaler Ebene und in ihren Partnerländern in der Stärkung einer demokratischen und gerechten Regierungsführung. Sie fördert die politische Mitsprache aller Bürgerinnen und Bürger, die wirtschaftliche Entwicklung und die Armutsreduktion.

Ein Markenzeichen der wirtschaftlich erfolgreichen Schweiz ist die direkte Demokratie. Diese Schweizer Expertise dient weltweit als Vorbild und wird auch nachgefragt.

2016 haben zwei Gliedstaaten Transferzahlungen von der Zentralregierung erhalten, 2017 sind es deren vier.

Zusammenarbeit mit Behörden

In Bangladesch unterstützt die DEZA 30 Prozent aller Lokalbehörden in deren Ausbildung und Beratung. Dabei sensibilisiert sie die Mitarbeitenden der Behörden für die Rechte benachteiligter Bevölkerungsgruppen und ihnen zustehenden Dienstleistungen. Heute führen mehr als 80 Prozent der durch DEZA-Projekte unterstützten lokalen Behörden regelmässige Bürgerkonsultationen und -versammlungen durch und fördern weitere Formen der partizipativen Entscheidungsfindung. Fast ein Drittel des Budgets wird für Frauenanliegen eingesetzt.

Selbst im autoritär regierten Laos erzielt die Beteiligung von über 1'000 Dorfbewohnerinnen und -bewohnern an öffentlichen Planungsprozessen gute Resultate: 750'000 Bürgerinnen und Bürger profitieren direkt von Infrastrukturvorhaben ihrer Gemeinden. Davon sind die Hälfte Frauen und drei Viertel ethnische Minderheiten. Solche Initiativen beinhalten etwa den Zugang zu Wasserversorgung, den Aufbau medizinischer Einrichtungen, Strassenbau und das Errichten von Schulen.

Finanztransfer für Gemeinden

Mit der Unterstützung der DEZA haben über 130 lokale Behörden in acht Ländern ihre Steuereinnahmen in einem transparenten Prozess erhöhen und so die Finanzierung von Dienstleistungen durch die Gemeinde sichern können. Knapp 100 Gemeinden haben ihre Steuerbasis um durchschnittlich 33 Prozent erhöht. In Gemeinden Lateinamerikas zeigt die Erhöhung der Investitionsquoten wichtige Verbesserungen in der lokalen Finanzverwaltung. In Bolivien setzen die unterstützten Gemeinden mehr finanzielle Mittel für Gesundheit und Bildung ein: Dies aufgrund verbesserter lokaler Budgethoheit, welche mit einem DEZA-Programm gefördert wurde. Bemerkenswert ist auch der Fortschritt im schwierigen Kontext von Somalia:

Stärkung der Zivilgesellschaft

Die DEZA trägt zu einer Vielzahl zivilgesellschaftlicher Initiativen bei, die für mehr Mitsprache der Bevölkerung plädieren und sich für konkrete Entwicklungsvorhaben einsetzen. Nach dem Regimewechsel in Myanmar gelang es mit Unterstützung der DEZA, bisher landesweit über 220 kleinere Organisationen zu stärken, die wiederum insgesamt 785'000 Personen für wichtige öffentliche Anliegen etwa in den Bereichen Landrechte, Umwelt und Friedensentwicklung mobilisieren. In Benin sensibilisiert ein Netzwerk von 37 Kommunalradios 70 Prozent der Bevölkerung in 50 verschiedenen Sprachen zu Themen der politischen Bildung und öffentlicher Rechenschaftslegung. Auch in Burkina Faso haben öffentliche Foren, Radio- und Fernsehbeiträge die Transparenz der lokalen Behörden und die öffentliche Aufsicht weiter gestärkt. Die institutionellen Partnerschaften mit Schweizer NGO ermöglichen zusätzlich 11 lokale Radio- und Fernsehprojekte in 10 Ländern auf 3 Kontinenten und erreichen insgesamt 66 Millionen Menschen.

In 19 Partnerländern

in Asien, Afrika und Lateinamerika haben Lokalbehörden die Bevölkerung dank DEZA-Projekten besser zu laufenden öffentlichen Geschäften informiert, sie dazu konsultiert und entsprechende Bedürfnisse aufgenommen.

Rund 3,5 Millionen

Bürgerinnen und Bürger profitieren direkt von dieser Praxisänderung.

Herausforderungen

Eine Herausforderung liegt in den zunehmend autoritären Tendenzen in verschiedenen Partnerländern. In diesen Ländern überprüft die DEZA ihr Engagement mit staatlichen Institutionen sorgfältig und in regelmässigen Abständen, um nötige Anpassungen vorzunehmen und mögliche Freiräume der Bürgerbeteiligung weiter auszuloten.

In Kambodscha unterstützte die DEZA eine unabhängige NGO im Aufbau der Parlamentsverwaltung. Ende 2017 beanspruchte die Regierungspartei alle Parlamentssitze für sich und sprach ein Verbot der Oppositionspartei aus. Als Folge sistierte die DEZA das Projekt, da sie mit ihren Massnahmen keine demokratisch illegitimen Institutionen unterstützt. Das Programm wird nun für die Parlamente anderer Staaten des Verbands Südost-asiatischer Nationen neu ausgerichtet.

Starkes internationales Engagement für Menschenrechte

Die Schweiz bewahrt als Depositarstaat der Genfer Konventionen ihre humanitäre Tradition und ihr Engagement für die Menschenrechte. Im internationalen Dialog und in ihren Partnerländern setzt sich die DEZA zur Achtung der Menschenrechte aller ein, denn die systematische Verletzung der Menschenrechte bleibt weltweit ein starker Konflikttreiber und ist Fluchtursache zugleich. Dies mindert die Chancen der Bevölkerung auf persönliche Perspektiven in ihrem Land und hindert die Entwicklung der betroffenen Staaten.

Fehlen die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen im Bereich der Menschenrechte, ist dies eine Hauptursache für Fragilität. Kommen mangelnde Rechtsstaatlichkeit und fehlender Zugang zu Justiz hinzu, kann dies soziale und politische Spannungen auslösen. In der Praxis werden in fragilen Kontexten die internationalen Mindeststandards für den Schutz der Menschenrechte nur sehr selten eingehalten, was negative Folgen für die Widerstandskraft und die nachhaltige Entwicklung der benachteiligten Bevölkerung hat.

Förderung gerechter Gesellschaften

Die Programme der DEZA unterstützen Initiativen, Politiken und politische Prozesse zum Schutz und der Einhaltung von Menschenrechten. Sie fördern die nationale Akzeptanz von internationalen Menschenrechtsnormen und etablieren Schutzmechanismen zugunsten spezifischer Gruppen und Individuen. Dazu gehören auch die Gründung und Unterstützung nationaler Menschenrechtsinstitutionen sowie der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern über ihre Rechte und wie sie diese einfordern können.

Mehr Mitsprache der Bevölkerung

Die DEZA stärkt die Bürgerbeteiligung in Lateinamerika, in Subsahara-Afrika, in Nordafrika, im Nahen Osten, in Zentralasien sowie in Süd- und Südostasien. In Afghanistan unterstützt die DEZA einen integrativen Prozess zur Ausarbeitung des Familiengesetzes im Justizministerium, an dem sowohl Frauen als auch Männer teilnehmen. Gleichzeitig finden regelmässig nationale und regionale Konsultationen mit der Zivilbevölkerung, Religionsführern, Hochschulkreisen und Frauenrechtsorganisationen zum Thema Menschenrechte statt. Zudem werden lokale Nichtregierungsorganisationen in den Bereichen Monitoring und Anwaltschaft geschult, mit dem Ziel, die öffentlichen Dienstleistungen der Gemeinden zu verbessern.

Stärkung der Dialogmechanismen mit der Bevölkerung

In Nicaragua und Honduras unterstützt die DEZA lokale Initiativen, um die gesellschaftliche Debatte über den Schutz der Menschenrechte und die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit zu fördern. Schwerpunkte sind die Rechte der Frauen, der Zugang zu natürlichen Ressourcen und zur Justiz, die freie Meinungsäusserung und die Transparenz der Behörden.

In Ägypten fördert die DEZA die Gründung von öffentlichen Dialogplattformen zur Konflikttransformation und für Debatten zu Politikfragen. Mit einer Reihe neuer Partnerschaften gelingt es, den Graben zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und staatlichen Sicherheitseinrichtungen zu überbrücken. Dabei entstehen Projekte wie die Anschaffung digitaler Speicherkapazitäten für Nichtregierungsorganisationen zur geschützten Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen.

Im Besetzten Palästinensischen Gebiet sind die Einhaltung des Völkerrechts und die Rechenschaftspflicht bei Verstössen stets ein grosses Problem. Der Druck auf die Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger und ausgesprochene Drohungen gegen sie haben ein beispielloses Ausmass erreicht. Die DEZA unterstützt zusammen mit europäischen Partnern 20 Menschenrechtsorganisationen in Israel und im Besetzten Palästinensischen Gebiet. Diese leisten juristische Hilfe, dokumentieren Rechtsverletzungen aller Parteien, verbessern die Rechenschaftspflicht und leisten Sensibilisierungsarbeit im Besetzten Palästinensischen Gebiet und tragen zur Berichterstattung der UNO bei.

Durch institutionelle Partnerschaften mit Schweizer NGO werden die Menschenrechte von

850'000

benachteiligten Erwachsenen und Kindern gestärkt und deren soziale Ausgrenzung und Diskriminierung gemindert.

In Tansania erreicht ein von der DEZA unterstütztes Medienprojekt via Radio und soziale Netzwerke wöchentlich

3,8 Millionen Jugendliche

und hilft der jungen Generation, Themen der guten Regierungsführung besser zu verstehen und bietet ihnen die Möglichkeit, Eigenverantwortung zu übernehmen und sich für die Zukunft ihres Landes einzusetzen.

Herausforderungen

In einem sich kontinuierlich verschlechternden Umfeld wird die DEZA die internationalen Menschenrechtsschutzsysteme durch den Politikdialog und die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen zu Menschenrechtsanliegen weiterhin stärken. Damit leistet die DEZA ihren Beitrag zur Umsetzung der EDA-Menschenrechtsstrategie, welche die Kohärenz der Schweiz im Bereich Menschenrechte sicherstellt.

Die DEZA wird im Dialog mit Partnerländern anregen, die Prinzipien des Ziel 16 der Agenda 2030 zu friedlichen, gerechten und inklusiven Gesellschaften als Entwicklungsagenda national und international umzusetzen.

Ohne Gleichstellung keine nachhaltige Entwicklung

Die Förderung der Chancengleichheit von Frau und Mann ist für eine gerechte und nachhaltige Entwicklung unerlässlich. Die DEZA setzt den Schwerpunkt auf die politische und wirtschaftliche Stärkung der Frauen und auf die Achtung der Rechte von Frauen und Mädchen in fragilen Kontexten und in Konfliktsituationen.

Ein Meilenstein im Jahr 2017 war die Verabschiedung der ersten EDA-Strategie zu Geschlechtergleichstellung und Frauenrechten. Das Ziel 5 der Agenda 2030 ist der Eckpfeiler des DEZA-Engagements in den drei Schwerpunktbereichen: Sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt, wirtschaftliche Stärkung und politische Partizipation von Frauen. Die DEZA fördert geschlechterspezifische Massnahmen in humanitären Projekten sowie in langfristigen Entwicklungsprogrammen.

Geschlechtsspezifische Gewalt

Geschlechtsspezifische Gewalt ist eine Verletzung der Menschenrechte von betroffenen Frauen und Männern. Sie tritt besonders häufig in fragilen Kontexten und in Konfliktsituationen auf. Mehrheitlich Frauen aber auch Männer werden Opfer dieser Gewalt. Die DEZA arbeitet mit lokalen Organisationen und Behörden zusammen und kann so rasch und gezielt auf die Bedürfnisse der Opfer reagieren. Dies zeigen das humanitäre Hilfsprogramm in Myanmar oder das langjährige Unterstützungs- und Präventionsprogramm gegen geschlechtsspezifische Gewalt in der Region der Grossen Seen in Ostafrika.

Wirtschaftliche Förderung der Frauen

Frauen sind oft ärmer als Männer und haben weniger Chancen auf einen Arbeitsplatz. Deshalb fördern die Massnahmen der DEZA den Zugang zu Land, Einkommen, Berufsbildung und Finanzdienstleistungen auch gezielt für Frauen. Zahlreiche Projekte wie der Ausbau der Wasserinfrastruktur auf dem Land oder der Einsatz von effizienteren und umweltschonenderen Öfen haben dazu beigetragen den hohen zeitlichen Aufwand von Frauen und Mädchen für Wasser holen und Feuerholz sammeln erheblich zu reduzieren.

Politische Partizipation der Frauen

Durch gezielte Massnahmen in Gouvernanzprogrammen fördert die DEZA die aktive Beteiligung und bessere Vertretung von Frauen in lokalen politischen Gremien, welche auch das Management von personellen und finanziellen Ressourcen beinhaltet. Die Ergebnisse zeigen, dass die politische Partizipation und Repräsentation von Frauen in den Regionen, in denen die DEZA und ihre Partner mit spezifischen Programmen aktiv sind, über dem nationalen Durchschnitt liegen. In Kirgisistan erhalten die Stimmen der Frauen in lokalen Entscheidungsprozessen mehr Gewicht, indem die geschlechterspezifischen Bedürfnisse von allen Beteiligten anerkannt werden.

Geschlechtergleichstellung auf dem Prüfstand

Der unabhängige und externe Wirkungsbericht überprüft die Wirksamkeit der Projekte zur Geschlechtergleichstellung von 2007 bis 2016.⁷ Von den untersuchten Projekten erreichen 83 Prozent die gesetzten Ziele. 73 Prozent dieser Projekte zeigen generell eine positive Wirkung auf die Gleichstellung von Frau und Mann. Neben spezifischen Projekten fördert die DEZA die Gleichstellung von Frau und Mann als Querschnittsthema auch in allen anderen thematischen Projekten. Über 25 Prozent davon haben grundlegende strukturelle Veränderungen oder positive Wirkungen erreicht. Trotz der stetig besseren Resultate seit 2006 besteht weiterhin eine Differenz zwischen den geplanten Aktivitäten der DEZA und der tatsächlichen Berücksichtigung der Geschlechtergleichstellung in allen relevanten DEZA-Projekten. Es mangelt an personellen Ressourcen mit spezifischen Kenntnissen zur Umsetzung der anspruchsvollen Genderziele. Die Mitarbeitenden und Partnerorganisationen der DEZA werden in dieser Hinsicht sensibilisiert und geschult.

2 von 3

DEZA-Interventionen haben eine geschlechterspezifische Komponente.

In 16 Ländern werden mehr als **54'000 Personen,**

die physischer, sexueller oder psychischer Gewalt ausgesetzt waren, durch die DEZA und ihre Partnerorganisationen psychologisch, medizinisch und juristisch unterstützt.

268'000 Menschen

profitieren von Präventionsmassnahmen von sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt.

Herausforderungen

Der Wirkungsbericht zu Geschlechtergleichheit verlangt einen systematischeren Einsatz von sogenannten Genderanalysen. Die DEZA wird den Einsatz dieser Instrumente zur Untersuchung der Ungleichheiten optimieren und ihre Mitarbeitenden darauf besser sensibilisieren.

Der wichtige Einbezug von Männern und Knaben in Gleichstellungsprojekten wie in Tadschikistan, Bolivien und im südlichen Afrika wird weiter verstärkt.

⁷ Wirkungsbericht Internationale Zusammenarbeit der Schweiz im Bereich der Geschlechtergleichstellung 2007–2016, 2018.

Politische Mitsprache und Marktwirtschaft in Osteuropa

Die Schweiz engagiert sich in der Zusammenarbeit in Transitionsländern für Sicherheit und Stabilität in Osteuropa und fördert auch die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen mit der Schweiz. Die Schweiz unterstützt in Osteuropa die Transition zu Demokratie und sozialer Marktwirtschaft, die allen Bevölkerungsgruppen unabhängig des Geschlechts einen gleichberechtigten Zugang zu politischen Entscheidungsprozessen und Dienstleistungen gewährleisten.

Mehrere Partnerländer in Osteuropa gehören der Schweizer Stimmrechtsgruppe in internationalen Finanzinstitutionen wie dem Internationalen Währungsfonds oder der Weltbank an und unterstützen damit die Positionierung der Schweiz in diesen zentralen Institutionen. DEZA und SECO setzen komplementäre Aktivitäten und Programme um. Mehr Aktivitäten und Resultate des SECO befinden sich auf den Seiten 21–24.

Mitsprache der Bevölkerung

In Kosovo unterstützt die Schweiz Nichtregierungsorganisationen in ihren Aktivitäten zur Förderung der Mitsprache von Bürgerinnen und Bürgern. Der Einfluss der Bürgerorganisationen und Vereine in der politischen Mitgestaltung des Kosovo wächst. Dies zeigt sich in der steigenden Zahl der zivilgesellschaftlichen Organisationen, welche zu öffentlichen Konsultationen und politischen Entscheidungsprozessen eingeladen werden. Die lokale Verwaltung implementiert gemeinsam mit diesen Organisationen und den Bürgerinnen und Bürgern Massnahmenpläne zu Mobilität, Abfallmanagement und der Gestaltung von öffentlichen Räumen.

Kampf gegen Korruption

Korruption untergräbt die demokratischen Institutionen und behindert die wirtschaftliche Entwicklung. Die DEZA unterstützt den Kosovo deshalb auch in seinen Korruptionsbekämpfungsmassnahmen. Die Plattform «www.kallxo.com» ist die Vorzeigeanitiative des Anti-Korruptions-Programms. Im Jahr 2017 verzeichnete sie über 1'000 Meldungen von Korruptionsfällen. Für knapp 200 dieser Meldungen konnten anschliessend die nötigen Beweise gesammelt werden, damit eine Strafverfolgung eröffnet werden konnte.

Soziale Marktwirtschaft und Wirtschaftswachstum

Dank Initiativen der DEZA und des SECO wurden in Mazedonien bisher über 1'400 neue Arbeitsplätze erschaffen. Dies entspricht 7,5 Prozent aller Neuestellten im ganzen Land, davon werden zu einem beträchtlichen Anteil Frauen, Jugendliche sowie Arbeitnehmerinnen und -nehmer in ländlichen Gebieten berücksichtigt. Die bessere Verknüpfung zwischen Privatsektor und Berufsbildungsprogrammen ermöglichte die höhere Stellennachfrage in Mazedonien zu decken. Der grössten mazedonischen Exportfirma von biologischen Frischprodukten wurde etwa der internationale Marktzugang erleichtert, was gleichzeitig für mehr Bäuerinnen und Bauern verbesserte Preisgarantien, Umsatzsteigerungen und Beratung bedeutet.

Alternativen zu Migration

In Moldawien veränderte sich das politische und wirtschaftliche Umfeld in den letzten Jahren stark, sodass das DEZA-Engagement im Bereich Migration der Situation nicht mehr genügte. Die spezifischen Ursachen für Migration, insbesondere die fehlenden Arbeitsplätze und die Möglichkeiten für Unternehmensentwicklung wurden zu wenig konkret angegangen. Dadurch erreichte das Programm nicht die angestrebte Wirkung: Die Lebenssituation von potentiellen Migrantinnen und Migranten wurde bis 2017 kaum verbessert.⁸ Die neue Kooperationsstrategie 2018–2021 legt einen stärkeren Fokus auf die Entwicklung von Fähigkeiten, die auf dem Arbeitsmarkt gefragt sind, und auf die Schaffung von Arbeitsplätzen, um jungen Menschen eine Alternative zu Migration aufzuzeigen.

Soziale Integration

Für Menschen mit einer Behinderung kann das alltägliche Leben viele Hindernisse bieten. Oft sind sie von politischer Teilnahme und dem Arbeitsmarkt ausgeschlossen und der Zugang zu Bildungsangeboten und Gesundheitsdiensten bleibt ihnen verwehrt. In Moldawien wurden dank DEZA-Projekten die ersten Gesundheitszentren mit Mobiliar zur gynäkologischen Untersuchung von Frauen mit Behinderung eingerichtet.

Alle Gemeinden in Kosovo erhalten

durch die Schweizer Unterstützung des Transfersystems der Regierung

höhere staatliche Zulagen.

Damit können sie ihre Aufgaben effizienter wahrnehmen.

In Zentralasien erhielten dank Schweizer Engagement mehr als

7 Millionen Menschen

Zugang zu Sprechstunden zur Prävention von nicht-übertragbaren Krankheiten.

Herausforderungen

Die Schweiz unterstützt die Staaten in ihren Reformen in Demokratisierung und Förderung des Rechtsstaats sowie in der guten Verwaltung öffentlicher Gelder. In Albanien unterstützt die DEZA ein Programm für Reformen im Gesundheitswesen – ein grosses Anliegen der Bürgerinnen und Bürger. Die DEZA überschätzte den Reformwillen der Regierung und ihre limitierten Ressourcen, sodass die Ziele nur teilweise erreicht wurden. Sie verstärkte daraufhin den Dialog mit der Regierung und setzte sich für eine verbesserte Koordination mit den anderen Geberländern ein. Seit den Parlamentswahlen 2017 ist eine positive Entwicklung zu beobachten. Der Reformwille, die damit verbundene nachhaltige Finanzierung des Gesundheitssektors und die Resultate des Programms werden mittelfristig über die Programmweiterführung entscheiden.

⁸ Country Strategy Evaluation: Cooperation Strategy Moldova 2014–2017, 2017.

Globale Antworten auf humanitäre Herausforderungen

Die Humanitäre Hilfe der Schweiz trägt zur Stärkung und Reform des humanitären Systems bei. Zusammen mit ihren Partnern wie den entsprechenden Organisationen der UNO, dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und Nichtregierungsorganisationen engagiert sich die DEZA für die Verbesserung deren Arbeitsweise sowie in der Weiterentwicklung des internationalen humanitären Rechtsrahmens. Ziel ist es, weltweit besser auf die steigenden humanitären Herausforderungen reagieren zu können.

Die Verletzung des humanitären Völkerrechts stellt in Konflikten zunehmend die Regel statt die Ausnahme dar. Vorsätzliche Angriffe auf Infrastrukturen wie medizinische Einrichtungen haben fatale humanitäre Auswirkungen auf die betroffene Bevölkerung. Eine wichtige Grundvoraussetzung für humanitäre Hilfe – der Zugang zur notleidenden Bevölkerung – ist vielerorts stark erschwert. Gleichzeitig lassen bewaffnete Konflikte, politische Instabilität sowie das mit dem Klimawandel zunehmende Risiko für Naturkatastrophen die Bedürfnisse nach humanitärer Hilfe in die Höhe schnellen. Da die Lücke zwischen dringenden Bedürfnissen und verfügbaren Mitteln immer grösser wird, sind wirksame multilaterale Organisationen angesichts der bedeutenden Herausforderungen wichtiger denn je. Um humanitären Krisen ein Ende zu setzen, bleiben politische Lösungen die wichtigste Voraussetzung.

Einfluss in internationalen humanitären Organisationen

Entscheidender Faktor erfolgreicher humanitärer Arbeit ist die wirkungsvolle Funktionsweise der grossen humanitären Organisationen. Die Schweiz hilft, Reformbemühungen voranzutreiben, insbesondere während sie bei diesen Organisationen den Vorsitz im Steuerungsausschuss hat. Mitte 2016 bis Mitte 2017 stand die Schweizer Präsidentschaft der Beratenden Kommission vom Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) im Vordergrund. Das UNRWA unterstützt heute als wichtigster multilateraler Partner der Schweiz im Nahen Osten über 5 Millionen Palästina-Flüchtlinge in deren Grundbedürfnissen. Seit mehreren Jahren ist das UNRWA-Budget unzureichend finanziert. Im Jahr ihrer Präsidentschaft im Steuerungsausschuss setzte sich die Schweiz insbesondere dafür ein, das UNRWA nachhaltig auf einen gesicherten finanziellen Pfad zu bringen. Sie hat deshalb auf explizite Anfrage des UNO-Generalsekretärs konkrete Umsetzungsvorschläge zuhanden der UNO-Generalversammlung ausgearbeitet. Mit ihrer Reformunterstützung leistet die Schweiz einen wichtigen Beitrag in einem Konflikt, der seit Jahrzehnten nach einer politischen Lösung verlangt.

Konkrete Katastrophenvorsorge

Katastrophen können innert kürzester Zeit die über Jahre erreichten Entwicklungsfortschritte zerstören. Leidtragende sind insbesondere verletzte Menschen. Die Staatengemeinschaft einigte sich 2015 an der UNO-Weltkonferenz zur Katastrophenvorsorge in Sendai, unter Einbezug allen verfügbaren Wissens und Mittel, sich gemeinsam für den Schutz vor Katastrophen einzusetzen. Zwei Jahre später konnten dank fachlicher und finanzieller Unterstützung der Schweiz auch die Richtlinien zur Messung der beschlossenen Massnahmen verabschiedet werden. Dies ist ein zentraler Schritt, um die festgelegten Ziele in die Tat umzusetzen. Verschiedene Staaten und Organisationen bauen dabei auf Schweizer Expertise, um ihre Kompetenzen zu stärken und Investitionen in die Katastrophenvorsorge zu erhöhen.

Schweizer Expertise – weltweit gefragt

Die Schweizer Unterstützung beschränkt sich nicht auf finanzielle Zuwendungen. 2017 haben Expertinnen und Experten des Schweizerischen Korps für humanitäre Hilfe 106 Einsätze bei multilateralen Organisationen wie dem UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR), dem Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) oder dem Kinderhilfsfonds der Vereinten Nationen (UNICEF) durchgeführt. Sie haben auf technischer und strategischer Ebene dazu beigetragen, dass diese Organisationen von der langjährigen Schweizer Expertise in Themen wie Wasseraufbereitung, Schutz von Vertriebenen und Flüchtlingen oder Einsatz von Bargeldzahlungen profitieren können und so zu einem noch wirkungsvolleren humanitären System beitragen.

IKRK und der Privatsektor

Die Schweiz beteiligt sich aktiv am Programm für humanitäres Impact Investment (PHII) des IKRK. Mit diesem innovativen Finanzierungsmechanismus werden Investitionen des Privatsektors gefördert, um der Finanzierungslücke in humanitären Krisen entgegenzuwirken.

4 mitgestaltete internationale Normen und Politiken

zur Stärkung des humanitären Systems

Herausforderungen

Die Schweiz engagiert sich in der globalen Umsetzung internationaler Vereinbarungen wie der Grand Bargain-Initiative oder der Sendai-Konferenz zur Katastrophenvorsorge. Der Grand Bargain strebt neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Gebern und humanitären Organisationen an, insbesondere um die enorme Finanzierungslücke zu schliessen.

Eine grosse Herausforderung bleibt die **Effizienzsteigerung der internationalen Gemeinschaft**. Die Schweiz unterstützt multilaterale Partnerorganisationen weiterhin in ihren Reformbemühungen für eine wirkungsvolle und prinzipientreue humanitäre Hilfe.

Leben retten und Leid lindern in Krisensituationen

Die Humanitäre Hilfe der Schweiz leistet einen relevanten Beitrag zu weniger menschlichem Leiden als Folge von Krisen, Konflikten und Katastrophen sowie zum Schutz der zivilen Opfer von Gewaltkonflikten.

Ein Blick auf die aktuellen Konflikte und humanitären Krisen zeigt, dass diese zunehmend von langer Dauer sind. Ursprünglich primär als kurzfristige Nothilfe konzipiert, wird humanitäre Hilfe immer mehr eine längerfristige Notwendigkeit. Die Bedürfnisse nach humanitärer Hilfe sind in den letzten Jahren in die Höhe geschossen. 2017 konnte kaum die Hälfte der weltweit benötigten 24 Milliarden US-Dollar durch Beiträge der internationalen Gemeinschaft gedeckt werden.

Fokussiert

Die Humanitäre Hilfe der Schweiz interveniert dort, wo Hilfe am nötigsten ist. Die Schwerpunkte liegen auf der Nothilfe im Nahen Osten und in Subsahara-Afrika zwischen Mali und Somalia. Die humanitären Engagements in Sri Lanka, im Südkaukasus, in Liberia und in Simbabwe wurden endgültig abgeschlossen.

Nothilfe – aber keine Notlösungen

Insbesondere in langandauernden und komplexen Krisen ist der gleichzeitige Einsatz von verschiedenen Instrumenten der internationalen Zusammenarbeit nötig, um die betroffene Bevölkerung schlussendlich von fremder Hilfe unabhängiger zu machen. In Somalia unterstützen Bargeldprojekte die Bevölkerung in Krisensituationen, um die dringendsten Bedürfnisse abzudecken. Gleichzeitig setzt sich die Schweiz dafür ein, die Bevölkerung vor künftigen Krisen zu schützen: Sie unterstützt lokale Sozialversicherungssysteme, Spar- und Kreditgemeinschaften, Frühwarnsysteme bei Dürren und die bessere Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen.

Schnell und flexibel

Die Humanitäre Hilfe agiert flexibel und schnell. Innert kürzester Frist waren Schweizer Fachleute des SKH nach dem Erdbeben in Ecuador (2016) und dem Hurrikan «Matthew» in Haiti (2016) vor Ort. Dort stellte sie unter anderem die lebensrettende Trinkwasserversorgung für rund 40'000 Personen sicher. Nach den Erdbeben in Mexiko (2017) wurden einsturzgefährdete Gebäude

untersucht. So konnten über 23'000 Personen in Spitäler und Schulen zurückkehren. Für diese Soforthilfeleistungen sind eine schnelle Einsatzbereitschaft und ein flexibles SKH eine Grundvoraussetzung.

Sauberes Wasser als Lebensgrundlage

Im Flüchtlingslager Azraq in Jordanien verschafft die Schweiz durch den Bau einer Wasserversorgungsanlage rund 35'000 syrischen Flüchtlingen direkten Zugang zu Trinkwasser. Dadurch werden jährlich Kosten von 1 Million Franken an Trinkwasserlieferungen mit Lastwagen eingespart.

Humanitäre Konvois

In der Ukraine organisierte die Schweiz humanitäre Konvois für die Menschen auf beiden Seiten der Kontaktlinie. Sie lieferte medizinische Hilfsgüter an Spitäler sowie Chemikalien zur Trinkwasseraufbereitung für rund 4 Millionen Menschen.

Kinder können wieder lernen

Mit Schweizer Unterstützung wurden in Jordanien und im Libanon Schulen renoviert. Damit haben nun über 81'000 benachteiligte Mädchen und Jungen Zugang zu Bildung.

Die DEZA erreichte
5,3 Millionen
 Menschen in Notsituationen
 und zusätzlich
2,5 Millionen
 Menschen durch die
 Programmbeiträge an
 Schweizer NGO.

Die Schweiz unterstützte
1 Million
 Menschen beim Wiederaufbau.

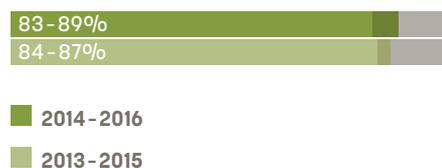
Herausforderungen

Die humanitäre Arbeit in Konfliktgebieten stellt die DEZA vor grosse Herausforderungen. In Somalia beispielsweise beschuldigten rivalisierende Gemeinschaften im Jahr 2017 eine von der Schweiz unterstützte Nichtregierungsorganisation, Mittel zu veruntreuen. Gemeinsam mit UNO-Organisationen leitete die Schweiz Untersuchungen ein, welche die Anschuldigungen bisher weder klar nachweisen noch widerlegen konnten. Rückblickend wurden die komplexe Konfliktodynamik zwischen den verfeindeten Parteien sowie deren mögliche Auswirkungen auf die Projektumsetzung zu wenig gewichtet. Neben der Sistierung des Projekts stärkt und entwickelt die DEZA nun ihre Instrumente zur Projektüberwachung in schwierigen Kontexten weiter.

Das Engagement in fragilen Ländern wird trotz erhöhten Schwierigkeiten und verminderter Planbarkeit, wenn immer möglich weiter verstärkt. Durch die Verbindung von dringenden humanitären Lösungen und mittelfristigen Entwicklungsvorhaben wird die langfristige Wirkung der Einsätze in komplexen Krisen erhöht.

Wirkungsorientierung und Zielwerte zur Umsetzung der Botschaft

Erfolgsquote der Projekte und Programme



Anzahl jährlich evaluierter Projekte: >100

Die Wirkungsorientierung der DEZA wird durch das interne Managementsystem (Resultate-orientierte Führung, RBM), die Qualitätssicherung auf allen Ebenen und unabhängigen Evaluationen unterstützt und gefördert. 2017 hat eine externe unabhängige Evaluation das RBM-System der DEZA untersucht und dabei die Flexibilität und die Anpassungsfähigkeit an die unterschiedlichsten Kontexte als sehr positiv bewertet.⁹ Zum Lernen aus guten Erfahrungen und Fehlern steht der DEZA ein kohärentes und effizientes Instrumentarium zur Verfügung. Ein internes Controlling unterstützt die DEZA-Direktion in der zeitnahen Steuerung der Umsetzung der Botschaft mit 26 definierten Indikatoren. Im Folgenden werden drei dieser Indikatoren dargestellt.

Verstärktes Engagement in fragilen Kontexten

Für die Schweiz ist eine stabile internationale Lage mit nachhaltigem Wachstumspotenzial von grosser Wichtigkeit. Die OECD schätzt, dass bis 2030 über drei Viertel der armen Menschen in fragilen Kontexten leben werden, vor allem in Afrika.¹⁰ Diese Regionen zeichnen sich neben einer hohen Armutsquote und geringen Einkommensmöglichkeiten aus durch schwache oder instabile öffentliche Institutionen, teilweise mangelnde politische Bereitschaft zu Reformen, einer fehlenden armutsrelevanten

Entwicklungspolitik, Gewalt insbesondere gegen Frauen sowie durch Korruption und Willkür. Die DEZA engagiert sich aktuell in 24 fragilen Staaten mit 47 Prozent aller Verpflichtungen der Süd- und Ostzusammenarbeit. Mit ihrer Entwicklungszusammenarbeit zur Verringerung der Fragilität fördert die DEZA die Reduktion von Ursachen von Konflikten und stärkt staatliche und gesellschaftliche Widerstandskräfte gegen Gewalt.

Grundbildung und Berufsbildung

Mit ihren Erfahrungen kann die Schweiz in der Grundbildung und Berufsbildung einen wichtigen Beitrag für eine nachhaltige Entwicklung leisten. Laut der UNESCO wird die Zahl der Analphabetinnen und Analphabeten weltweit auf über 780 Millionen geschätzt, davon sind zwei Drittel Frauen.¹¹ Die Berufsbildungsangebote sind in vielen Ländern unzureichend und nicht auf die Bedürfnisse des Privatsektors abgestimmt. Die Jugendarbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sind zentrale Herausforderungen der DEZA-Partnerländer. Diese Faktoren bremsen das wirtschaftliche Wachstum in entsprechenden Ländern beträchtlich. Das Ziel, die finanziellen Mittel dafür im Vergleich zur Botschaft 2013–2016 um 50 Prozent zu erhöhen, konnte noch nicht erreicht werden. Die Erhöhung beträgt zurzeit 34 Prozent. Infolge der Budgetkürzungen im Voranschlag 2018 stehen insgesamt weniger Mittel zur Verfügung. Laufende Programme in anderen Bereichen können nicht vorzeitig abgebrochen werden, ohne die Wirkung der bisherigen Investitionen zu gefährden. Die neue Schwerpunktsetzung auf Grundbildung und Berufsbildung braucht also mehr Zeit als geplant.

Zusammenarbeit mit dem Privatsektor

Die DEZA intensivierte die Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft in der Schweiz und im Ausland in den letzten Jahren merklich. Ein

besonderes Augenmerk liegt auf der komplexeren Arbeitsweise von DEZA und SECO. Bis 2020 strebt die DEZA die Erhöhung des Anteils der Partnerschaften am Gesamtportfolio auf mindestens 5 Prozent an, aktuell beträgt der Anteil 4 Prozent. Wichtig ist auch die Verbesserung des Hebeleffekts zur Mobilisierung von privaten durch öffentliche Mittel (vgl. Seite 11).

Auswahlkriterien von Schwerpunktländern

In der Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit 2017–2020 definierte die DEZA Kriterien für den Einstieg in und Ausstieg aus Schwerpunktländern und -regionen. Als Reaktion auf einen Bericht der Eidgenössischen Finanzkommission («Audit des critères pour la stratégie d'attribution par pays des projets d'aide bilatérale au développement») überprüfte die DEZA die Einhaltung dieser Kriterien: Die Schwerpunktländer erfüllen alle eine Mehrheit der Kriterien eines Engagements. Zu Beginn der Umsetzung der Botschaft wurde entschieden, dass das DEZA-Programm in Pakistan bis Ende 2019 definitiv geschlossen wird. Gleichzeitig erkannte die DEZA, dass zusätzliche Kriterien zur Fortführung eines Engagements nötig sind. Diese Überlegungen werden die Grundlagen zu einer gut begründeten geographischen Präsenz der Schweizer IZA schaffen, die der Bundesrat dem Parlament für die Zukunft vorschlagen wird.

Wirkungsmessung

Für die Berichte zur Umsetzung der Botschaft und für eine verbesserte Kommunikation der Resultate wurde zu Beginn der Botschaft ein einheitliches Messsystem eingeführt. Es soll die quantitative Darstellung der erreichten Wirkungswerte ermöglichen. Die Resultatmessung erfolgt über festgelegte Indikatoren der Kooperationsstrategien der Partnerländer und -regionen, welche regelmässig erneuert werden.

9 Independent Evaluation of SDC's Results-Based Management System with a Focus on Poverty Reduction, 2017.

10 OECD, States of Fragility 2018, 2018.

11 UNESCO, The 2015 Global Monitoring Report – Education for All 2000–2015: Achievements and Challenges, 2015.

DEZA und SECO schaffen Arbeitsplätze – eine Wirkungsstudie

Damit sich ein Land entwickeln kann, brauchen die Menschen Arbeitsplätze. Eine qualitativ gute Ausbildung sowie mehr und bessere Arbeitsplätze ermöglichen es den Arbeitnehmenden und deren Familien, ihre Leben selbständig zu gestalten.

Wirkungsbericht Beschäftigung

Um Armut zu reduzieren, legt die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit seit längerem einen Schwerpunkt auf die Schaffung und Erhaltung von produktiven Arbeitsplätzen. Für den Wirkungsbericht analysierte ein unabhängiges Expertenteam über 70 Projekte der DEZA und des SECO und verfasste einen Bericht, der 2017 veröffentlicht wurde.¹²

Berufsbildungsprogramme, der Aufbau von Wertschöpfungsketten in der Landwirtschaft und Projekte zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen erhielten die besten Bewertungen. Diese Projekte steigern auch die Produktivität und fördern die Geschlechtergleichstellung.

Einige Projekte wie etwa Reformen des Geschäftsumfelds haben indirekte Beschäftigungseffekte, die erst nach Jahren messbare Wirkung zeigen. Das Evaluationsteam hält fest, dass manche Projekte direkt auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze hinwirken, andere aber eher darauf, die Grundlage für neue Arbeitsplätze zu schaffen. Sie empfehlen deshalb, sorgfältig abzuwägen, ob das übergeordnete Ziel der Schaffung neuer Arbeitsplätze in Projekten wie zum Beispiel Berufsbildungsprojekten immer sinnvoll ist.

Fast 85 Prozent

der Projekte erzielten eine Wirksamkeit zwischen

sehr gut (Note 6) und zufriedenstellend (Note 4).

Der durchschnittliche Wert liegt bei 4,5. Die meisten Projekte erreichten somit die gesetzten Beschäftigungsziele.

Beschäftigung für Jugendliche in Nicaragua

Das im Wirkungsbericht speziell untersuchte Projekt zur Beschäftigung für Jugendliche in Nicaragua unterstützte 2006–2012 rund 45 Berufsbildungszentren. Der DEZA-Beitrag für die gesamte Projektdauer betrug 3,7 Millionen Franken. Damit wurden Kompetenzen des nationalen Technologieinstituts (INATEC) und weiterer öffentlicher und privater Berufsbildungseinrichtungen ausgebaut. Die Aktivitäten beinhalteten die Modernisierung der Lehrpläne, die Weiterbildung von Lehrpersonen und die Entwicklung von Schulungsmodulen. Das Programm richtete sich speziell an von sozialer Ausgrenzung bedrohte Jugendliche. Die grosse Mehrheit der 5'400 Absolventinnen und Absolventen fand eine geeignete Arbeit, und fast 50 Prozent erzielten dank der Ausbildung ein höheres Einkommen. Das durch die DEZA initiierte Berufszertifikatssystem führte zu einer neuen Regierungsstrategie: Eine Zertifizierungsstelle stellt jährlich 11'000 Beschäftigten entsprechende Nachweise aus.

Verbesserte Arbeitsbedingungen

«Better Work» ist ein globales Projekt der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und der internationalen Finanz-Corporation (IFC). Es verbessert die Arbeitsbedingungen und die Einhaltung von Arbeitsrechten in der Bekleidungsindustrie. «Better Work» fördert auch die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit von Firmen. Das SECO unterstützt das Projekt seit 2009 mit insgesamt 27,4 Millionen Franken. Bis 2016 wurden die Arbeitsbedingungen von 3 Millionen Angestellten vor allem in Asien, aber auch im Nahen Osten und in Zentralamerika verbessert. Konkret hat das Projekt bisher Missbräuche wie das Zurückhalten von Pässen, Beschimpfungen und sexuelle Belästigung um 18 Prozent reduziert. Die Löhne der Arbeitenden sind gestiegen, der Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen ist um 17 Prozent gesunken. Die Arbeitsverträge sind besser geworden und die Arbeitsbelastung geringer. Gleichzeitig ist die Produktivität der beteiligten Firmen um 22 Prozent gestiegen und die Rentabilität um 25 Prozent.

Herausforderungen

Das Evaluationsteam kommt zum Schluss, dass insbesondere Mikrofinanzprojekte für die Förderung von Unternehmen und unterstützende Projekte für kleine und mittlere Unternehmen mehr Mittel brauchen, damit den betroffenen Arbeitnehmenden der Schritt aus der Armut gelingt. Weiter könnten Wertschöpfungsketten mit optimierten Marktanalysen noch besser gefördert werden. Projekte in Asien und Lateinamerika erzielten bessere Wirksamkeitswerte als jene in Afrika und dem Nahen Osten. Der grosse Anteil informeller Unternehmen in diesen Regionen beinhaltet eine zusätzliche Herausforderung für Beschäftigungsprojekte der IZA der Schweiz.

¹² Wirkungsbericht Internationale Zusammenarbeit der Schweiz im Bereich Beschäftigung 2005–2014, 2017.

SECO fördert nachhaltiges und inklusives Wirtschaftswachstum

Das SECO ist das Kompetenzzentrum des Bundes für alle Kernfragen der Wirtschaftspolitik – auch im Bereich Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Wirkung und Herausforderungen

Vier Wirkungsziele messen den Beitrag des SECO zur Verminderung von Armut und globalen Risiken in seinen Partnerländern im Süden und Osten: 1. Stärkung von öffentlichen Institutionen und Dienstleistungen; 2. Mehr und bessere Arbeitsplätze; 3. Gestärkter Handel und höhere Wettbewerbsfähigkeit; 4. Klima-verträgliches Wachstum.

Die Umsetzung gewisser Projekte ist teilweise mit besonderen Herausforderungen und höheren Risiken verbunden. So werden zurzeit 8 Prozent der Projekte enger gesteuert und im Risikomanagement intensiver überwacht. Mangelnde institutionelle Kapazitäten der Partner, ein schwacher politischer Reformwillen und erhöhte Gouvernanz- oder Sicherheitsrisiken in Partnerländern können den Projekterfolg gefährden. Auf Seite des SECO sind auch eine zu ambitionöse Projektzielsetzung oder zu optimistische Annahmen

zu Kontextfaktoren mögliche Ursachen für fehlenden Projekterfolg. Das SECO investiert mehr in die Kompetenzen der Partner, intensiviert den Dialog mit politischen Akteuren, passt seine Projekte an oder trifft zusätzliche risikominimierende Massnahmen. Im äussersten Fall stoppt das SECO Projekte.

Stabile hohe Erfolgsquote der Projekte

International gilt eine Erfolgsquote von 65–80 Prozent als gut und realistisch. Die Erfolgsquote des SECO liegt in den Jahren 2016–2017 leicht über diesen Werten. Relevanz und Effektivität der Projekte sind zwar etwas zurückgegangen, allerdings sind leichte Schwankungen zwischen den Jahren normal. Effizienz und Dauerhaftigkeit in den Projekten sind um mehr als 10 Prozent gestiegen. Die Resultate der kontinuierlichen Wirkungsmessung werden laufend in das interne Lernen und Steuern einbezogen.

Erfolgsquote der Projekte

Erfolgsquote (insgesamt)



Relevanz



Effektivität



Effizienz



Dauerhaftigkeit



■ Aktuelle Botschaft (2016 - 2017)

Anzahl evaluierter Projekte: 48

■ Letzte Botschaft (2012 - 2015)

Anzahl evaluierter Projekte: 81

Schwerpunkte in der laufenden Botschaft

Das SECO unterstützt seine Partnerländer dabei, ihre **volkswirtschaftliche Widerstandsfähigkeit** zu stärken und vor dem Hintergrund der fortschreitenden Globalisierung die marktwirtschaftlichen Fundamente für eine nachhaltige Entwicklung des Privatsektors zu legen.

Der **Privatsektor** leistet einen wesentlichen Beitrag zum wirtschaftlichen Wachstum und zur **Schaffung von produktiven Arbeitsplätzen**, weshalb das SECO Partnerschaften mit dem Privatsektor fördert und seine Finanzmittel als Hebel für die innovative Mobilisierung privater Investitionen einsetzt.

Das SECO beteiligt sich an vier der sechs von der Schweiz als prioritär identifizierten **globalen Themen: Finanzen und Handel, Klimawandel und Umwelt, Wasser** sowie **Migration**. Dabei spielt die Kooperation mit den Multilateralen Entwicklungsbanken eine zentrale Rolle.

An den strukturellen Ursachen der **Migration** arbeitet das SECO mit Programmen, die **wirtschaftliche Perspektiven schaffen**. Diese Programme betreffen die Bereiche Unternehmertum, Fachkompetenzen, Zugang zu langfristigem Kapital sowie Verbesserung der Rahmenbedingungen des Arbeitsmarkts.

Das SECO trägt mit seinen aktuellen Aktivitäten bereits zu einer Mehrheit der **Ziele der Agenda 2030** bei. Die Ausrichtung der internen Wirkungsmessung und der externen Berichterstattung auf die Agenda 2030 wird bis 2020 weiter verstärkt.

Interne Resultate

Wirkungsziel 2 wurde bereits unabhängig evaluiert. Zwei weitere unabhängige Evaluationen zu den Wirkungszielen 3 und 4 laufen. Ein unabhängiges Evaluationskomitee begleitet und überwacht diese Arbeiten.

Ein externes Evaluationsteam untersucht das Thema «Dauerhaftigkeit», um die Resultate im internationalen Vergleich zu bewerten und Erfolgsfaktoren in der Projektplanung und -umsetzung zu identifizieren.

2018 wurde der Leistungsbereich Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des SECO erfolgreich nach ISO Norm 9001/2015 re-zertifiziert. Der ISO-Audit attestierte dem Leistungsbereich eine ausgeprägte Qualitätsorientierung, ein hohes Engagement und eine Kultur der kontinuierlichen Verbesserung.

Wachstum durch gute Rahmenbedingungen und staatliche Leistungen

Das SECO unterstützt für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zentrale Institutionen, Dienstleistungen und Infrastrukturen auf nationaler Ebene sowie lokal in Städten. Die Projekte unter diesem Ziel sind mehrheitlich auf Kurs.

Öffentliche Finanzen stärken

Für die Umsetzung ihrer Entwicklungsziele benötigen Staaten genügend Einnahmen. Daher hilft das SECO seinen Partnern, höhere Steuer- und Rohstoffträge zu erzielen sowie öffentliche Mittel effizienter einzusetzen. So wurde in Peru, Indonesien, Serbien und Ghana das lokale öffentliche Finanzmanagement verbessert und in Ghana Behörden in der Besteuerung von Rohstoffen ausgebildet. Damit nationale Entwicklungsziele nicht durch steigende Staatsschulden gefährdet werden, unterstützt das SECO das Schuldenmanagement in 60 Entwicklungsländern. Auch Umweltkatastrophen, verstärkt durch den Klimawandel, gefährden den Staatshaushalt. Deshalb fördert das SECO marktbasierende Absicherungslösungen in Partnerstaaten.

Staatsschuldenmanagement, internationale Besteuerung und Vermeidung illegaler Geldflüsse bleiben wichtig: Das SECO wird sein Engagement in der zweiten Halbzeit vertiefen und die Erreichung von SDG 17 – Umsetzungsmittel stärken und Globale Partnerschaft – vorantreiben. Auch Massnahmen im Bereich Finanzierung und Versicherung von Katastrophenrisiken werden weiter ausgebaut, auf nationaler und subnationaler Ebene, insbesondere in Städten.

Finanzsektor leistungsfähiger gestalten

Ein stabiler, gut ausgebauter und beaufsichtigter Finanzsektor sowie eine verlässliche Geldpolitik sind für das wirtschaftliche Gedeihen unerlässlich. Das SECO stärkt daher die Zentralbanken in seinen Partnerländern indem es Spezialistinnen und Spezialisten ausbildet und Schweizer Expertise einbringt. In Peru wurde die Finanzmarktaufsicht auf Mikrofinanzinstitutionen ausgeweitet und die Geldwäschereigesetzgebung gestärkt. In der verbleibenden Botschaftsperiode rückt die Regulierung und Aufsicht von neuen Finanztechnologien und der damit verbundenen Risiken weiter in den Vordergrund der SECO-Unterstützung.

Basisdienstleistungen verbessern

Das SECO setzt sich für das professionelle Management von öffentlichen Infrastrukturen ein: Mit einem unabhängigen Expertenteam entwickelte das SECO ein Analyse- und Dialoginstrument für Wasserdienstleister. Dadurch wurde die Wasserversorgung in Albanien, Tadschikistan, Kirgisistan und Peru verbessert. In Kolumbien läuft ein Programm zur besseren Unternehmensführung von Wassergesellschaften. Die europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) hat dieses Thema systematisch in ihr Programm und ihren Politikdialog integriert. In der zweiten Halbzeit sollen strategische Partnerschaften mit wichtigen internationalen Finanzinstitutionen im Bereich Infrastruktur vertieft und das Netzwerk von Partnern für Wasserkraft und Mobilität erweitert werden.

Ausgewählte Projektergebnisse

Besseres Management von öffentlichen Finanzen: Albanien, Serbien, Mazedonien, Kosovo sowie Bosnien und Herzegowina veröffentlichen neu Daten über den öffentlichen Schuldenstand – eine Schlüsselstatistik für ein solides und nachhaltiges Management der öffentlichen Finanzen. Dank neuen Finanzkontrollsystemen kontrollieren sechs Gemeinden in Serbien Einnahmen und Ausgaben besser und setzen Gelder zielgerichteter ein.

Gestärktes öffentliches Finanzsystem: In Kolumbien wurde die Koordination zwischen den wichtigsten, für das öffentliche Finanzmanagement zuständigen Behörden verbessert.

Zugang zu Wasser: Infolge technischer Verbesserungen profitieren in Kirgisistan 15 Prozent der Bevölkerung von Jalal Abad und 10 Prozent der Menschen in Osh von einer besseren Trinkwasserversorgung.

6'000

Expertinnen und Experten aus Schlüsselinstitutionen des öffentlichen Finanzmanagements wurden in Finanzadministration und Budgetplanung ausgebildet.

5,9 Millionen

Menschen haben dank SECO-unterstützten Projekten besseren Zugang zu einer funktionierenden Grundversorgung, unter anderem mit Wasser, erhalten.

491 Millionen

US-Dollar Kapital wurden für die Verbesserung von Basisinfrastruktur mobilisiert.

Herausforderungen

Personalfuktuation und Reformbereitschaft: Wegen der Personalfuktuation im öffentlichen Sektor verläuft die Umsetzung von Projekten in Peru, Südafrika und Serbien langsamer. In Kirgisistan, Tunesien und Vietnam ist die mangelnde Reformbereitschaft in der Verwaltung eine Herausforderung. Im Verbund mit starken multilateralen Partnern intensiviert das SECO deshalb den Politikdialog.

Zuständigkeiten unklar: Bei Grundversorgungsprojekten sind Verzögerungen häufig. 2017 konnte ein Abfallentsorgungsprojekt in Albanien nicht starten, weil die Zuständigkeiten in der Regierung nicht festgelegt waren. Das SECO intensiviert den Dialog mit Partnern auf verschiedenen Ebenen. Nach Klärung der Verantwortlichkeiten konnte das Projekt 2018 lanciert werden.

Bessere Zukunftsperspektiven durch gute Jobs

Das SECO trägt dazu bei, für Menschen in Partnerländern eine längerfristige wirtschaftliche Perspektive zu schaffen. Der gemeinsame Wirkungsbericht von DEZA und SECO zeigt, dass 85 Prozent der Projekte ihre Beschäftigungsziele erreichen.

Unternehmertum fördern

Der Privatsektor schafft weltweit 90 Prozent aller Arbeitsplätze und ist damit der effektivste Motor der Armutsreduktion. Um wachsen und neue Jobs schaffen zu können, sind Unternehmen auf gut ausgebildete Arbeitskräfte angewiesen. Das SECO setzt daher in Entwicklungsländern auf die berufliche Weiterbildung und die höhere Bildung (Tertiärstufe). Dabei orientiert es sich an den Bedürfnissen der Privatwirtschaft. In Indonesien unterstützt das SECO fünf technische Fachhochschulen mit Schweizer Knowhow. In Ghana verbessert es die Fachkompetenzen von Arbeitskräften in der nachhaltigen Produktion von Cashewnüssen. Arbeitsplätze sollen auch soziale Mindestanforderungen erfüllen. Bessere Arbeitsbedingungen führen zu sicheren, würdigen Jobs und machen Unternehmen gleichzeitig produktiver. Daher unterstützt das SECO das globale Projekt SCORE, das in Kolumbien, Ghana, Indonesien und Vietnam die Fluktuation, Beschwerden, Abwesenheiten und Unfälle von Arbeitenden reduziert hat.

2019-2020 plant das SECO, Aus- und Weiterbildungsaktivitäten für Unternehmen und Arbeitskräfte zu erweitern. In Indonesien, Vietnam und Kirgisistan sind neue Ausbildungen im Tourismusbereich vorgesehen. Weiterhin werden auch Arbeitsfragen thematisiert. Wenn sich Partnerländer dafür interessieren, diskutiert die Schweiz mit ihnen die Vorteile eines offenen Dialogs zwischen Arbeitnehmenden, Arbeitgebenden und der Regierung. Damit treibt das SECO seinen Beitrag zu SDG 8 – Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum – voran.

Kapitalzugang ermöglichen

Damit KMU wachsen, neue Märkte erschliessen und zusätzliche Arbeitsplätze schaffen können, brauchen sie Kapital zu erschwinglichen

Bedingungen. Die bundeseigene Entwicklungsfinanzierungsgesellschaft SIFEM leistet dazu einen wichtigen Beitrag, indem sie KMU mit rückzahlbaren Darlehen oder Beteiligungen, aber auch mit Beratung und Wissen zur besseren Unternehmensführung hilft. Als verantwortungsbewusste Investorin fördert die SIFEM auch gute Arbeitsbedingungen, die Fachkompetenzen des Personals sowie umwelt- und sozialverträgliche Produktionsweisen.

Ebenso half das SECO auf regulatorischer Ebene in Ghana Kreditbüros einzuführen oder die Reform von Pfandsicherheiten durchzuführen. Damit können KMU bei fehlenden Landtiteln Sicherheiten wie Traktoren oder einen Maschinenpark angeben, um einen Kredit aufzunehmen. Auch Banken im Nahen Osten, die spezifisch auf die Bedürfnisse von Unternehmerinnen ausgerichtet sind, werden vom SECO unterstützt.

Neben einer Fokussierung auf KMU wird das Thema Finanzinklusion in verschiedenen Ländern und Regionen weiterverfolgt. Damit sollen neben Unternehmen auch Einzelpersonen besseren Zugang zu verantwortungsvollen Finanzdienstleistungen erhalten.

Ausgewählte Projektergebnisse

Bessere Arbeitsbedingungen: 75 Prozent der im jordanischen Bekleidungssektor Beschäftigten sind Migrantinnen und Migranten. Die Evaluation des Projektes «Better Work» zeigt, dass in diesem Sektor die verbalen und sexuellen Übergriffe zurückgegangen und Einkommen gestiegen sind.¹³ Die Einkommen werden zunehmend in die Ausbildung der Kinder investiert.

Mehr und bessere Arbeitsplätze: Laut externer Evaluation trug das «Swiss Entrepreneurship Programm» zur Schaffung von über 1'500 Arbeitsplätzen bei.¹⁴ SIFEM trug allein 2016 zur Schaffung von über 19'000 Arbeitsplätzen bei, wobei sich alle betroffenen Unternehmen an die ILO-Kernarbeitsnormen halten. In Peru wurden in Wertschöpfungsketten für Kakao, Bananen und Quinoa in einem Jahr 360 Arbeitsplätze geschaffen und über 5'700 Arbeitsplätze erhalten.

28'000

produktive Arbeitsplätze wurden neu geschaffen und 8'000 erhalten.

517'000

Unternehmen erhielten neu Zugang zu Kapital.

97,7 Milliarden

US-Dollar Kapital wurden mobilisiert.

Herausforderungen

Start-Ups unterstützen: Die Förderung von Jungunternehmen braucht einen langen Atem. Zuerst muss Vertrauen mit und zwischen Partnern und Unternehmen aufgebaut werden. Es ist teilweise schwierig, erfahrene Unternehmer als Mentoren oder Investoren zu gewinnen. Die Evaluation des «Swiss Entrepreneurship Programms» zeigt aber eindeutig, dass sich das Engagement lohnt und weiter optimiert werden muss.

Bankkredite für KMU: Rund die Hälfte der KMU in Vietnam haben wegen den schwachen Banken und der Konkurrenz staatlicher Betriebe Mühe, Kredite zu erhalten. Das SECO unterstützt deshalb Reformen im Finanzsektor und ab 2018 ein innovatives Projekt für lokale KMU, die als Zulieferer für grössere Firmen von besseren Kreditbedingungen profitieren sollen.

13 ILO, Tufts University: How Better Work is improving garment workers' lives and boosting factory competitiveness, 2016.

14 External Mid-Term Evaluation – The Swiss Entrepreneurship Program, 2018.

Gestärkter Handel und höhere Wettbewerbsfähigkeit

Die Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit von KMU und Kleinproduzenten steht im Fokus. Die Breitenwirkung über Projekte und Ansätze hinaus ist eine zentrale Herausforderung, die das SECO angeht. Erfolge bringt die engere Zusammenarbeit mit Partnerregierung und Privatsektor.

Günstige Rahmenbedingungen für den Handel schaffen

Günstige Rahmenbedingungen sind entscheidend, um vom internationalen Handel zu profitieren. Entwicklungsländer nehmen ihre Interessen in zwischenstaatlichen Gesprächen besser wahr, wenn sie internationale Regeln gut kennen und geschickt im Rahmen von WTO und anderen Handelsabkommen verhandeln. Das SECO unterstützt Regierungen und Unternehmen mit Know-how des internationalen Handelsrechts und in der Handelspolitik.

Geschäftsumfeld verbessern

Projekte zielen auf regulatorische Aspekte, die lokale Firmen betreffen. Der gesamte Lebenszyklus wird betrachtet, von der Registrierung, Lizenzbestimmungen, Inspektionen bis hin zu Steuerpolitik und Insolvenzverfahren. Ziel ist, transparente und einfache Geschäftsregulierungen einzuführen. Dadurch steigt die Transparenz und Rechtssicherheit, und die Spiesse werden gleich lang im Wettbewerb mit der Konkurrenz. Weniger komplexe Regulierungen sparen auch Zeit und Geld. Die Arbeit an regulatorischen Rahmenbedingungen wird von SECO Partnerländern ausdrücklich gewünscht. Sie benötigt jedoch viel Hartnäckigkeit und ein längerfristiges Engagement. Deshalb wird das SECO auch in den kommenden zwei Jahren intensiv mit seinen Partnerländern an der Weiterentwicklung des Geschäftsumfeldes arbeiten.

Wettbewerbsfähigkeit stärken

Möglichst viele Entwicklungsländer sollen zu den Gewinnern der Globalisierung zählen. Höhere Wettbewerbsfähigkeit und ein erleichteter Marktzugang von KMU und Produzenten sind hier die Schlüssel. In Partnerländern in Nordafrika, Lateinamerika und Asien fördert das SECO nachhaltige Wertschöpfungsketten. Dadurch verbessern sich die Lebensbedingungen jedoch nicht automatisch. 2017 diskutierte das SECO daher mit Partnern wie Max Havelaar über die Zukunft von Fair Trade und anderen Labels. Mit Hilfe des Bundes wurde die Schweizer Plattform für nachhaltigen Kakao mit 41 Vertreterinnen und Vertretern der gesamten Schweizer Branche und der Zivilgesellschaft gegründet, die auch Nachhaltigkeitsziele für den Import von Kakaoprodukten festlegt.

Die Ziele (80 Prozent nachhaltige Importe bis 2025) sind sehr ambitioniert, sogar im internationalen Vergleich. Auch hier wird eine enge Zusammenarbeit mit den involvierten Akteuren unerlässlich.

Ausgewählte Projektergebnisse

Qualitätskontrolle für den Export: In Ghana wurden 2017 zwei Laboratorien akkreditiert und die zuständigen Behörden wurden ISO-zertifiziert. Zudem wurde die Schaffung und das Funktionieren eines Amtes für geistiges Eigentum unterstützt.

Produktentwicklung: 2017 organisierten Marokko und die Schweiz einen Wettbewerb mit dem Ziel, Innovationsgeist und Visibilität eigener Produkte zu fördern. Einer Jury wurden 650 marokkanische Produkte präsentiert. Die Sieger wurden 2018 am internationalen Landwirtschaftssalon gekürt.

Mehr Touristen in Indonesien: Gemäss Evaluation hat das Projekt «WISATA II» auf der Insel Flores zum Anstieg der Zahl der Touristen um rund 20 Prozent beigetragen.¹⁵ In einem Jahr konnten 800 Nächte bei neu eingerichteten Gastfamilien vermittelt werden.

1,1 Milliarden

US-Dollar sparten Unternehmen bei der Beseitigung von unnötigen bürokratischen Hürden.

484'000

Mitarbeitende in Wertschöpfungsketten wurden aus- und weitergebildet, damit sie bessere und nachhaltigere Produkte und Dienstleistungen liefern, mehr exportieren und so ihre Lebensbedingungen verbessern können.

55 Millionen

Euro Mehreinnahmen generierten Exporte von Bioprodukten aus Osteuropa.

Herausforderungen

Handel: Dauerhaft gute Projektergebnisse sind im Handelsbereich nicht immer leicht zu erzielen. Wichtig sind systemische Ansätze, die alle lokalen Kräfte einbinden. Dank enger Zusammenarbeit mit Regierung und Privatsektor in Indonesien stehen die Chancen gut, dauerhaft erfolgreiche Projekte zur Produktion von Kakao und Meeresfrüchten zu realisieren.

Fairer Tourismus: In Südafrika dagegen gelang es nicht, eine junge, vielversprechende Organisation institutionell zu stärken, um fairen und nachhaltigen Tourismus zu fördern. Ein Grund dafür waren anhaltende interne Managementprobleme in einem schwierigen institutionellen Kontext. Die Evaluation zeigte zudem eine ungenügende Nachfrage von Touristen nach Labels und Zertifizierungen.¹⁶

15 External Mid-Term Evaluation of WISATA II – Tourism Development for Selected Destinations in Indonesia, 2016.

16 Final evaluation of Scaling up Fair Trade Travel, 2016.

Eine klimaverträgliche Wirtschaft fördern

Das SECO unterstützt Massnahmen, damit sich Städte nachhaltig entwickeln und Unternehmen ökologischer produzieren. Die gesetzten Ziele werden voraussichtlich erreicht. Der Aufbau länderspezifischer Projekte zur Stadtentwicklung braucht Zeit.

Städte nachhaltig entwickeln

Im Zentrum der klimarelevanten Massnahmen des SECO stehen Städte: Sie wachsen meist ohne systematische Planung und stossen am meisten klimaschädigende Gase aus. Voraussetzend verwaltete Städte bringen nachhaltiges Wirtschaftswachstum und reduzieren Armut. Vom SECO mitinitiierte regionale Programme wie «Cities and Climate Change in Africa (CICLIA)» oder die «Cities Development Initiative for Asia (CDIA)» helfen, nachhaltige Entwicklungs- und Investitionspläne zu erarbeiten. Damit sind die Städte und ihre Einwohner vermehrt gegen klimabedingte Naturgefahren geschützt. Das SECO hilft zudem städtischen Behörden, ihr Finanzmanagement und ihre Planungskapazität zu verbessern.

Energie nachhaltig bereitstellen

Länder müssen zuverlässig und klimaschonend mit Strom versorgt werden. Das SECO verstärkte sein Engagement für ein nachhaltiges Energiemanagement in Nordafrika, Lateinamerika und Osteuropa. In Tunesien trägt es nach dem Vorbild des European Energy Award EEA, einem vom SECO mitinitiierten normierten Ansatz, der auf dem Schweizer Modell Energiestadt basiert, zu einem nachhaltigen Energieverbrauch bei. In Kolumbien werden die Regierungsziele zu grünem Wachstum und CO₂-Reduktion bis 2030 um 20 Prozent unterstützt. In der Ukraine fördern Projekte Energieeffizienz und erneuerbare Energien im städtischen Raum.

Ressourceneffiziente Privatwirtschaft fördern

Durch ressourcenschonende und innovative Produktionsmethoden können Unternehmen Strom- und Wasserkosten einsparen und ihre CO₂-Emissionen reduzieren. Das SECO hilft dem Privatsektor in Indonesien, Vietnam und der Ukraine seine Ressourcen gezielter und sparsamer einzusetzen. Im Rahmen des globalen Projektes «Resource Efficient and Cleaner Production (RECP)» wurden hunderte Unternehmen dabei unterstützt, in saubere Technologien zu investieren.

Klimafinanzierung sicherstellen

Gemeinsam tragen SECO, DEZA und BAFU zur Erreichung des globalen Ziels bei, in Entwicklungsländern ab 2020 mindestens 100 Milliarden US-Dollar an Klimafinanzierung zu leisten. Dabei spielt der global alimentierte Green Climate Fund (GCF) eine zentrale Rolle, bei dem sich die Schweiz aktiv für eine funktionierende Gouvernanz und Umsetzung erster Projekte einsetzt.

Ausgewählte Projektergebnisse

Private Finanzen für die Stadtentwicklung: In Südafrika half das SECO acht Grossstädten, ihre Investitionen besser zu planen. Bisher konnten alleine im Distrikt eThekweni (Durban) rund 934 Millionen Franken an Investitionen durch den Privatsektor mobilisiert werden.

Ganzheitliche Stadtentwicklung in der Ukraine: Ein Projekt im Bereich von Energieeffizienz und erneuerbarer Energie in Vinnitsa hat Modellcharakter in der Ukraine. Es wurden eine umweltschonende Abfalldeponie für 25'500 Personen gebaut und das öffentliche Transportsystem modernisiert. Bürgerinnen und Bürger können bei der Stadtentwicklung mitdiskutieren und waren 2017 zum dritten Mal in Serie die Zufriedensten im ganzen Land.

4,4 Millionen

Menschen in

48 Städten

in Afrika, Asien und Lateinamerika profitierten von Massnahmen für eine nachhaltige Stadtplanung.

4,9 Millionen

Tonnen CO₂-Emissionen wurden eingespart.

3,3 Milliarden

Kilowattstunden an erneuerbarer Energie wurden produziert.

Herausforderungen

Stadtentwicklung: Eine nachhaltige Entwicklung in stark wachsenden und sich verändernden Städten zu erreichen, ist schwierig und dauert lange. Stadtentwicklung und Mobilität müssen daher gut geplant und gesteuert werden. Ein mehrjähriger Programmansatz und ein intensiver Politikdialog mit den betroffenen Regierungen sind wichtig für Breitenwirkung und Erfolg.

Synergien mit Energieeffizienz: Die Synergien zwischen Stadtentwicklung und Energieeffizienz könnten verstärkt werden. Die Verwendung erneuerbarer Energien sollte zügiger voranschreiten. Eine unabhängige Evaluation, die 2019 veröffentlicht wird, validiert, inwieweit der «European Energy Award (EEA)» zu diesem Ziel beiträgt.

Enge Zusammenarbeit mit den Multilateralen Entwicklungsbanken

Multilaterale Entwicklungsbanken (MDBs) spielen aufgrund ihrer Finanzkraft, ihrem Know-how und ihrer globalen Präsenz eine Schlüsselrolle, um die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung erfolgreich umzusetzen. Die Schweiz nutzt sie als wertvolle Partner.

Stärkere Partnerschaft mit den MDBs

Die Partnerschaft zwischen der Schweiz und den MDBs konnte gestärkt werden: 2017 besuchte Weltbank-Präsident Jim Yong Kim zum ersten Mal offiziell die Schweiz, um zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Privatwirtschaft, Wissenschaft und von Nichtregierungsorganisationen die 25-jährige Mitgliedschaft der Schweiz in der Weltbank zu feiern. Die Asiatische Entwicklungsbank (AsDB) startete aus Anlass des Beitritts der Schweiz vor 50 Jahren eine neue Wissenspartnerschaft mit der Universität St. Gallen. Und in der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB) übernahm die Schweiz den Vorsitz einer Stimmrechtsgruppe und verhandelt an vorderster Front über die Zukunft der für den Kontinent eminent wichtigen Institution. Dabei gelang es, die Schaffung von Arbeitsplätzen, erneuerbarer Energie und Bildung prominent zu fördern.

Reformen und neuer Akteur in Asien

Die MDBs müssen auf das veränderte Umfeld reagieren. Bei der AsDB führten interne Reformen zu einer Erhöhung der jährlichen finanziellen Kapazität um 50 Prozent. Die Schweiz unterstützt solche Anpassungen, da sie den MDBs helfen, noch effizienter zu werden und ihre Hebelwirkung optimal einzusetzen. Komplementär dazu wurde die von China lancierte Asiatische Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB) aufgebaut. Sie hat 2016 ihre Aktivitäten aufgenommen und arbeitet dabei eng mit den anderen MDBs zusammen. Die Schweiz war aktiv am Aufbauprozess beteiligt und hat sich insbesondere für die Einhaltung hoher internationaler Sozial- und Umwelt- sowie Finanzstandards eingesetzt.

100 Prozent

der von der AfDB im 2017 genehmigten Kraftwerksprojekte betrafen erneuerbare Energien. Zusammen werden die Projekte dereinst über 1'400 Megawatt installierte Kapazität aufweisen.

44,5 Millionen

Menschen haben dank der Weltbank von 2015 - 2017 Zugang zu verbesserten sanitären Anlagen erhalten.

35'000 Stellen

wurden dank der KMU-Unterstützung durch die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung von 2015 - 2017 geschaffen.

8,3 Millionen

Menschen haben zwischen 2016 - 2017 dank der Inter-amerikanischen Entwicklungsbank von Armutsbekämpfungsprogrammen profitiert.

Ausgewählte Projektergebnisse

Mehr Geld der Weltbank für die Ärmsten:

Die IDA, der Weltbankfonds für die ärmsten Länder, wird sich erstmals dank ihrem Top-Rating zu günstigen Konditionen auf den internationalen Kapitalmärkten refinanzieren können und damit die verfügbaren Mittel beträchtlich erhöhen. Die Schweiz hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass für Projekte zur Unterstützung von Aufnahmelandern von Flüchtlingen 2 Milliarden US-Dollar bei der IDA reserviert werden.

Fortschritte in der Klimafinanzierung:

Die MDBs gehören zu den grössten Klimafinanzierern. Ihr Beitrag ist essentiell, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen. 2017 investierten sie aus eigenen Mitteln 33 Milliarden US-Dollar für Mitigations- und Adaptionsmassnahmen in Entwicklungs- und Schwellenländern. Hinzu kamen fast 22 Milliarden US-Dollar an Mitteln, die bei privaten Partnern mobilisiert wurden.

Herausforderungen

Schuldennachhaltigkeit: Die staatlichen Verschuldungsrisiken haben weltweit, besonders aber in Afrika, zugenommen. Die Schweiz wird die Schuldsituation genau beobachten und sich weiterhin für ein sorgfältig ausbalanciertes Vorgehen der MDBs sowie eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds einsetzen.

Internationale Finanzarchitektur: Die G20 möchte das System der MDBs reformieren und gegebenenfalls besser koordinieren. Die Schweiz nimmt an den Gesprächen teil und besteht dabei auf der Unabhängigkeit jeder MDB, begrüsst die Angleichung von Standards und einer noch engeren koordinierten Zusammenarbeit zur Erhöhung der Effizienz und erleichterten Zusammenarbeit für die Regierung, den Privatsektor und die Zivilgesellschaft.

Gemeinsames Engagement in Nordafrika und im Mittleren Osten

In Nordafrika setzen sich die vier Bundesstellen AMS, DEZA, SECO und SEM gemeinsam für Demokratie, Wohlstand und Stabilität ein. Auch im Mittleren Osten arbeiten DEZA, AMS und SEM zusammen. Eine unabhängige Evaluation bestätigt die wirksame Kollaboration aller Schweizer Akteure.¹⁷

Das Ziel des Engagements in Nordafrika ist es, zu einer friedlichen und widerstandsfähigen Gesellschaft beizutragen. Ausserdem unterstützt die Schweiz Transitionsprozesse zu mehr Stabilität und Wohlstand in den Bereichen Politik, Soziales, Wirtschaft und Sicherheit. Dabei liegt der Fokus auf einer ganzheitlichen Zusammenarbeit im Migrationsbereich und in der Prävention von gewalttätigem Extremismus.

Regierungsweiter Ansatz

Das Schweizer Programm in der Region verfolgt einen regierungsweiten Ansatz (*Whole-of-Government Approach, WoGA*). Die Schweizer Bundesstellen AMS, DEZA, SECO und SEM sind in Nordafrika in gemeinsamen Vertretungen präsent.

Die Schweiz nutzt Synergien, indem beispielsweise die AMS mit einer Regierung einen Menschenrechtsdialog führt, die DEZA zur Weiterbildung in guter Regierungsführung beiträgt und das SECO durch Stärkung der öffentlichen Finanzen die Organisations- und Handlungskompetenz des Staates stärkt.

Die DEZA unterhält ein Projekt zur Stärkung der ägyptischen Zivilgesellschaft. Parallel dazu unterstützt die AMS den Dialog mit der Regierung und Nichtregierungsorganisationen rund um die Frage der rechtlichen Regulierung ihres Engagements.

Die DEZA unterstützt Marokko bei der Reduktion von Katastrophenrisiken. Sie leistet unter anderem einen Beitrag zur nationalen Risikomanagementstrategie. Ergänzend begleitet das SECO Marokko bei der Entwicklung einer nachhaltigeren Finanzplanung nach Katastrophen. Zusätzlich fördert das SECO auch eine Raumplanung, die die ganze Bevölkerung einbezieht und besser gegen Katastrophen schützt.

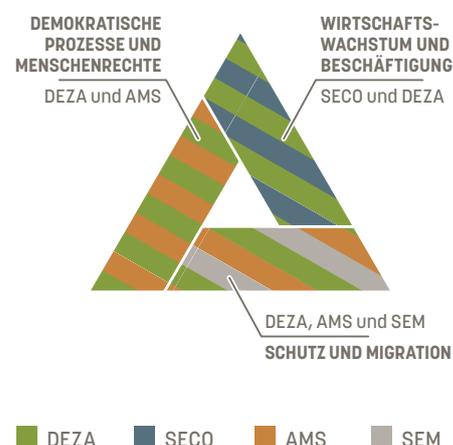
Evaluation bestätigt wirkungsvolle Strategie der Schweiz im Mittleren Osten

Die Evaluation der *Regionalstrategie Irak, Jordanien, Libanon, Syrien und Türkei* bestätigt die gemeinsame strategische Umsetzung durch alle Schweizer Akteure im Mittleren Osten und zeigt konkrete Resultate: Der regierungsweite Ansatz ist der richtige Rahmen, um auf die verschiedenen Herausforderungen einzugehen. Das Engagement der Schweiz im Mittleren Osten hat zum Ziel den von Konflikten betroffenen Menschen ein friedliches und sicheres Leben zu ermöglichen, die Ursachen der Fragilität zu reduzieren und Konflikte zu verhindern und transformieren. Die Aktivitäten der Schweiz fokussieren auf Grundbedürfnisse, Schutz und Wasserbewirtschaftung. Dabei werden die Kapazitäten und Kompetenzen der DEZA, der AMS und des SEM genutzt. Die Evaluation bestätigt die Relevanz der Beiträge der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz. Die unterschiedlichen Arbeitsformen der Schweizer Akteure erlauben Synergien, verbessern die Zielerreichung und fördern die Glaubwürdigkeit der Schweiz. Die Neutralität der Schweiz wird zudem als wichtiger Grund betrachtet, um einen wirkungsvollen und glaubwürdigen Beitrag im Mittleren Osten zu leisten. Die Evaluation bekräftigt die wirkungsvolle Verbindung von konkreten Interventionen in den Gemeinden und dem politischen Dialog auf Länderebene. Die unabhängigen Evaluatoren würdigen auch die Verbindung von humanitärer Nothilfe und Entwicklungsvorhaben mit Langzeitwirkung im Mittleren Osten.

Die priorisierten Themen bleiben eine relevante Antwort auf eine langwierige regionale Krise. Die Evaluation empfiehlt eine stärkere Fokussierung innerhalb der einzelnen Themen, um auf die raschen Veränderungen von regionalen und länderspezifischen Herausforderungen reagieren zu können. Dies beinhaltet vor allem die Förderung der Widerstandskraft und Eigenverantwortung der Bevölkerung sowie die Stärkung der lokalen Behörden.

Synergien und Komplementaritäten dank WoGA

Die Schweizer Bundesstellen AMS, DEZA, SECO und SEM arbeiten zusammen und komplementär zu drei Fokusthemen:



Herausforderungen

In der gesamten Region sind zivilgesellschaftliche Akteure und insbesondere Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger mit starken Einschränkungen konfrontiert. Deshalb engagiert sich die Schweiz weiterhin in der Stärkung zivilgesellschaftlicher Organisationen sowie in der Förderung der Menschenrechte.

In Nordafrika gelingt es den Regierungen und internationalen Akteuren bisher nicht, die steigende Nachfrage nach Arbeitsplätzen und Einkommen zu befriedigen. Das erweist sich zunehmend als Gefahr für die Stabilität. Die Schweiz legt in Zukunft einen Fokus auf Projekte mit einem starken Potenzial zur Schaffung von Arbeitsplätzen.

¹⁷ Regional Evaluation Cooperation Strategy Middle East 2015–2018, 2018.

Frieden und Stabilität: Die AMS leistet Pionierarbeit

Seit über 15 Jahren setzt sich die AMS für Frieden, die Achtung von Menschenrechten und den Schutz des Individuums ein. Die Verbindung von Frieden und menschlicher Sicherheit, basierend auf dem Bundesgesetz zur zivilen Friedensförderung und Stärkung der Menschenrechte, ist einzigartig und dient anderen Ländern als Vorbild.

Warum lohnt sich Konfliktprävention und Friedensförderung?

- Die Schweiz ist im Interesse ihrer eigenen Sicherheit und Prosperität auf eine funktionierende internationale Ordnung und auf ein friedliches Zusammenleben angewiesen.
- Krieg verursacht nebst Leid sehr hohe Kosten (vgl. Grafik).
- Bis zu 80 Prozent der Kriegsoffer sind nicht an den Kampfhandlungen beteiligte Frauen, Männer und Kinder. 65 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht, zwei Drittel davon im eigenen Land.
- 10 Franken pro Einwohnerin und Einwohner gibt der Bund jährlich für die diplomatische Konfliktprävention und Friedensförderung aus.

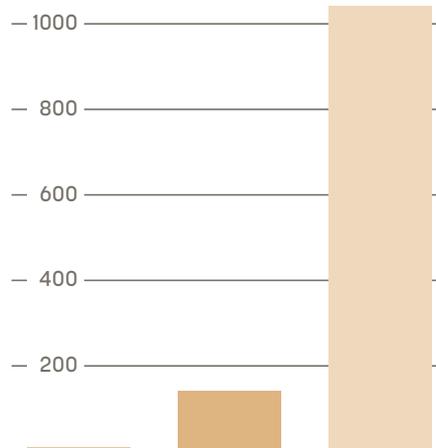
Warum gerade die Schweiz? Gute Ausgangslage – beinahe einzigartig:

Die Schweizer Geschichte ohne Kolonialvergangenheit, die Erfahrung im Umgang mit sprachlicher und kultureller Vielfalt und das politische System, welches auf Bürgernähe und Einbezug aller Parteien ausgerichtet ist, machen die AMS zu einer glaubwürdigen Partnerin.

Globale Kriegskosten und Friedensausgaben im Jahr 2016¹⁸

Im Jahr 2016 weltweit durch Krieg verursachte Kosten gegenüber den Ausgaben für Friedensförderung und Entwicklungszusammenarbeit:

in Milliarden US-Dollar



■ Ausgaben für Friedensförderung: **10 Milliarden US-Dollar**

■ Entwicklungszusammenarbeit: **142,6 Milliarden US-Dollar**

■ Volkswirtschaftliche Schäden durch Konflikte: **1'040 Milliarden US-Dollar**

Wie arbeitet die AMS?

Expertise und Diplomatie: Die Arbeit der AMS stützt sich auf Schweizer Expertise und entfaltet ihre volle Wirkung in Kombination mit den Instrumenten der Diplomatie. Partnerschaften mit internationalen Organisationen, der Zivilgesellschaft und dem Privatsektor sowie die gezielte Entsendung von Expertinnen und Experten ergänzen sie.

Lokal handeln, global wirken: Bilaterale Aktivitäten der AMS begünstigen das selbständige Erarbeiten von Lösungen vor Ort. Sie sind eng abgestimmt mit der Staatengemeinschaft und gehen Hand in Hand mit multilateralen Engagements und diplomatischen Initiativen der Schweiz.

Inklusiv: Die AMS setzt sich für eine Beteiligung aller Parteien an der Konfliktlösung ein, weil so tragfähige und dauerhafte Lösungen gefunden werden können. Besondere Aufmerksamkeit schenkt sie dem gleichberechtigten Einbezug von Frauen und Männern.

Verlässlich und agil: Konflikte und Krisen sind schwer vorhersehbar. Die AMS muss rasch auf Herausforderungen und Chancen reagieren können. Gleichzeitig ist sie auf die Akzeptanz aller Konfliktparteien angewiesen. Dieser Zugang ist oft das Resultat jahrelanger Vorarbeit.

¹⁸ Institute for Economics and Peace OECD, Global Peace Index 2017, 2017.

Vorbeugen ist besser als heilen

Die AMS fördert die Einhaltung der Menschenrechte als bewährtes Mittel zur Konfliktprävention. Folter, der Ausschluss von Minderheiten oder auch die Manipulation von Wahlen gehören zu den Frühindikatoren für das Konfliktpotential innerhalb einer Gesellschaft.

Bekämpfen von Folter

Folter oder Misshandlung begünstigen in vielen Fällen die Hinwendung junger Menschen zum gewalttätigen Extremismus und schaffen neue Konflikte. Die AMS unterstützte Marokko und Tunesien deshalb dabei, Mechanismen zur Prävention von Folter zu schaffen, die internationalen Standards entsprechen. Mit China und Russland pflegt sie den Erfahrungsaustausch unter Expertinnen und Experten, inklusive gegenseitiger Gefängnisbesuche, um die Haftbedingungen zu verbessern und Folter entgegenzuwirken.

Mit FIFA, UEFA und dem IOC am selben Strick ziehen

Sportliche Grossanlässe wie Fussball-Weltmeisterschaften oder Olympische Spiele haben einen völkerverbindenden Aspekt. Im Vorfeld stehen jedoch regelmässig die Arbeitsbedingungen der zumeist ausländischen Arbeitskräfte in der Kritik. So auch in Katar, wo 36'000 Wanderarbeiter die Fussballstadien für die WM 2022 bauen.

Die AMS ergriff die Initiative und erarbeitete gemeinsam mit UEFA, FIFA, IOC, Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, Sponsoren wie Adidas und Gastgeberländern Prinzipien für das Einhalten der Menschenrechte bei der Organisation von Sport-Grossanlässen. Bis heute stellen sich rund 40 Organisationen hinter diese Prinzipien. Die Kandidaturen für die Fussball-WM 2026 von United bid (Kanada-USA-Mexiko) und Marokko enthielten erstmals entsprechend konkrete Massnahmen.

Verhaltenskodex für die Wahlen in Simbabwe

Die AMS begleitete die politischen Parteien Simbawwes bei der Verhandlung und Umsetzung eines Verhaltenskodex für die ersten Wahlen nach Mugabes Abgang. Klare und freiwillige Abmachungen haben dazu beigetragen, dass zumindest während der Wahlkampagne die Gewalt gegenüber früheren Wahlen deutlich gesunken ist. Der Verhaltenskodex hatte ausserdem zum Ziel, die politischen Anführer für das Thema der Konfliktprävention zu

sensibilisieren. Die AMS wird ihr Engagement in kommenden Etappen der Transition Simbawwes weiterführen. 2015 begleitete die AMS einen vergleichbaren Prozess in Myanmar. Damit trug sie wesentlich zu friedlichen und breit abgestützten Wahlen bei.

Schweizer Polizistinnen und Polizisten international im Einsatz

Seit 2016 standen 15 Schweizer Polizistinnen und Polizisten und 2 Grenzbeamtinnen und -beamte im Einsatz in Mali, Liberia, der Elfenbeinküste, dem Südsudan, der Demokratischen Republik Kongo sowie für die OSZE. Die Qualität der Beweisaufnahme während eines Polizeieinsatzes entscheidet massgeblich über die Möglichkeiten der Staatsanwaltschaft, Straftäter zur Rechenschaft ziehen zu können. Ein Zürcher Kantonspolizist schulte deshalb die liberianische Polizei in konkreter Ermittlungsarbeit. Die verbesserten Dossiers an die Staatsanwaltschaft führten zu kürzeren und korrekten Verfahren. Von diesem Einsatz und den Erfahrungen profitiert auch die Kantonspolizei Zürich: Sie setzt den Beamten heute am Flughafen ein, wo er im Bereich Menschenhandel ermittelt.

Die Nachfrage nach Schweizer Polizistinnen und Polizisten durch internationale Organisationen wie die UNO ist hoch. Die AMS sucht gemeinsam mit den kantonalen Polizeikörpern nach Möglichkeiten, mehr Personal für solche Einsätze zu gewinnen.

Die AMS hat

13 diplomatische Initiativen

vergleichbar mit derjenigen der sportlichen Grossanlässe, lanciert oder so weiterentwickelt, dass sie heute von einer breiten Palette von Partnern unterstützt und (mit)finanziert werden.

Mehr Sicherheit für internationale Expertinnen und Experten

Expertinnen und Experten im Bereich Frieden und Menschliche Sicherheit arbeiten oft in gefährlichen Konfliktgebieten.

Die AMS hat Leitlinien für eine bessere Umsetzung der Fürsorgepflichten gegenüber dem entsandten Personal entwickelt. UNO und OSZE unterstützen diese Leitlinien und haben sie als Basis für ihre eigenen Vorgaben übernommen.

Herausforderungen

Menschenrechte sind ein Pfeiler einer freien und demokratischen Gesellschaft. In vielen Staaten geraten die Menschenrechte zunehmend unter Druck, damit steigt das Risiko von Konflikten. Die AMS setzt sich dafür ein, den Nutzen der Menschenrechte für den Staat, aber auch für jeden Einzelnen klar aufzuzeigen, innovative Konzepte umzusetzen und Opfer von Menschenrechtsverletzungen wirksam zu schützen. Dazu arbeitet sie gezielt mit neuen Partnern, im bilateralen und multilateralen Rahmen.

Frieden ermöglichen, Frieden erhalten

Die Schweiz bringt aufgrund ihrer Geschichte und ihres politischen Systems wichtige Voraussetzungen für eine erfolgreiche Friedensförderung mit. Die AMS bringt die verschiedenen Konfliktparteien an einen Tisch, begleitet die Parteien und stellt Fachwissen zur Verfügung.

Der Schweizer Beitrag zum Syrien-Friedensprozess

Zusammen mit dem Sonderbeauftragten der UNO für Syrien, Staffan de Mistura, rief die AMS den sogenannten «Civil Society Support Room» ins Leben. Die Plattform ermöglicht den Einbezug der syrischen Zivilgesellschaft in den Friedensprozess. Seit 2016 beteiligten sich mehr als 400 syrische Organisationen an den 9 Treffen des innersyrischen Dialogs.

Die Plattform ist umso wichtiger, weil ein direkter offizieller Dialog zwischen der syrischen Regierung und der Opposition bisher nicht möglich war. Der «Civil Society Support Room» wird organisiert und inhaltlich unterstützt von AMS und Swisspeace in Zusammenarbeit mit Norwegen, Schweden und der EU. Er ist eine Dialogmöglichkeit für verschiedenste politische Strömungen, soziopolitische Leader, Frauen und Männer. Dabei geht es sowohl um konkrete Vorschläge für die politische Zukunft des Landes als auch um konkrete Themen wie Verfassungsfragen oder die Haftbedingungen in syrischen Gefängnissen. Diskutiert wird aber insbesondere, wie ein nationaler Dialog und Versöhnungsprozess aussehen müsste, damit in Syrien nachhaltiger Frieden möglich wird.

Südsudan

Der Ausbruch des Bürgerkriegs im Dezember 2013 machte die in die Unabhängigkeit des Südsudan gesetzten Hoffnungen zunichte und mündete in eine der weltweit schwersten humanitären Krisen. Formelle Friedensprozesse scheiterten. Die AMS identifiziert heute in einem unübersichtlichen Umfeld Gruppierungen, welche das Potential haben, das soziale Gefüge wiederaufzubauen. Jugendliche verschiedener Konfliktparteien verbindet beispielsweise das Thema Angst vor Zwangsrekrutierung. Im Dialog werden ethnische und soziale Trennlinien überwunden und gemeinsame Ziele erarbeitet. Der Südsudan ist ein Beispiel dafür, dass Friedensprozesse Zeit benötigen.

Expertise bringt die Waffen zum Schweigen

Ein Waffenstillstandsabkommen ist ein technisches, von militärischem Wissen geprägtes Dokument. Der Weg bis zur Unterzeichnung ist oft langwierig und in jedem Fall hochpolitisch. Die Unterzeichnung bedeutet, dass es gelungen ist, Vertrauen unter den Kriegsparteien zu schaffen – manchmal ein erster von vielen weiteren Schritten in Richtung Frieden, manchmal das Schlusszeichen eines Konflikts.

Die AMS hat in ihren Reihen einen der wenigen international anerkannten Waffenstillstandsarchitekten: In Myanmar schafft der nationale Waffenstillstand den Freiraum für weitere Verhandlungen, um die tiefliegenden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme anzugehen. In Kolumbien signalisiert das Friedensabkommen zwischen der kolumbianischen Regierung und den FARC das Ende des Kriegszustandes. Nach rund 50 Jahren bewaffnetem Konflikt und mehr als 200'000 Toten ist dies ein wichtiges Resultat und dennoch erst der Anfang auf dem Weg zu einem nachhaltigen Frieden.

Vergangenheitsarbeit als Voraussetzung für eine friedliche Zukunft – eine unabhängige Einschätzung

Nach einem Konflikt oder schweren Menschenrechtsverletzungen ermöglicht das Aufarbeiten der Vergangenheit einen nachhaltigen Frieden und verhindert, dass sich Gräueltaten wiederholen. Eine 2016 durchgeführte unabhängige Evaluation lobt die Vorreiterrolle der Schweiz in dieser Thematik ebenso wie das weltweit nachgefragte Expertenwissen, die Sensibilität für die Begleitung solcher Prozesse und die erreichten Resultate.

Die AMS unterstützte

10 offizielle Friedensprozesse

wie beispielsweise den
Syrien-Friedensprozess.

Die AMS hat in

6 Ländern

(u.a. in Myanmar und Kolumbien)

Waffenstillstands- verhandlungen

begleitet.

In der Demokratischen
Republik Kongo legten

über 1500 junge Menschen

die Waffen nieder und
wurden von ihren Dörfern
wiederaufgenommen.¹⁹

Herausforderungen

Bewaffnete Konflikte dauern länger, involvieren neue und eine wachsende Anzahl von Parteien; die Lösungsfindung wird dadurch komplexer. Die AMS kann dank Spezialistinnen und Spezialisten vor Ort und ihrer Dialogbereitschaft mit allen Kriegsparteien rasch auf Veränderungen reagieren. Nachhaltiger Frieden bedeutet jedoch weit mehr als der Stopp intensiver Kampfhandlungen – aus diesem Grund muss die AMS zunehmend bereit sein, langfristige Friedensprozesse zu begleiten.

19 Rapport d'Evaluation de la première phase de Tujenge Amani, 2017.

Menschen im Krieg und auf der Flucht brauchen Schutz

Ob im Krieg oder auf der Flucht: Die AMS setzt sich dafür ein, dass Menschen in bewaffneten Konflikten und auf der Flucht besser vor Gewalt geschützt werden. 2018 leben 172 Millionen Menschen in einem Kriegsgebiet. 65 Millionen Menschen befinden sich auf der Flucht.

Menschen im Konflikt

In bewaffneten Konflikten und auf der Flucht sind Menschen besonders gefährdet. Das Umfeld begünstigt organisierte Kriminalität und Gewalt. Die Aussicht auf Straflosigkeit führt auch zu einer Zunahme der sexuellen und geschlechtsspezifischen Gewalt.

Die AMS setzt sich dafür ein, dass Opfer Hilfe erhalten und Täter bestraft werden. In der Demokratischen Republik Kongo unterstützte sie die systematische Dokumentation sexueller Gewalt und ermöglichte dadurch dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag, entsprechende Prozesse zu führen.

Vertriebene im eigenen Land

Zwei Drittel der weltweit Vertriebenen sind so genannte Binnenvertriebene. Sie suchen Schutz innerhalb der Grenzen ihres Heimatlandes, leben aber zumeist unter gefährlichen und prekären Bedingungen. Im Gegensatz zu Flüchtlingen haben sie keine Staatsgrenze überschritten und kommen deshalb meist weder in den Genuss eines besonderen Rechtsstatus noch spezifischer Schutzmassnahmen. Oft sehen sie sich deshalb gezwungen, ihr Land ebenfalls zu verlassen. Die AMS setzte sich in internationalen Verhandlungen für einen verbesserten Schutz von Binnenvertriebenen ein.

Flüchtlinge im Nachbarland

Infolge der Syrienkrise leben rund 1,5 Millionen syrische Flüchtlinge zusammen mit ca. 5 Millionen Einheimischen im Libanon. Der hohe Prozentsatz an Flüchtlingen stellt die libanesischen Gesellschaft, welche ohnehin in fragilen politischen und wirtschaftlichen Kontexten lebt, vor zusätzliche Probleme. Die AMS fördert den Dialog zwischen Libanesinnen und Libanesen und syrischen Flüchtlingen. Im Libanon lebende syrische Geschäftsleute übernehmen Verantwortung auf beiden Seiten, bauen auf das Verbindende der Nachbarländer und sprechen die Ängste der libanesischen Bevölkerung an. Dies ermöglichte beispielsweise die Einschulung syrischer Kinder oder die friedliche Beilegung von Konflikten unter den neuen Nachbarn. Das friedliche Zusammenleben

ist Voraussetzung dafür, dass die Flüchtlinge eine Zukunftsperspektive haben und nicht gezwungen sind, weiterzuziehen.

Angriffe auf Spitäler und Ambulanzen

Fundamentale Normen wie das humanitäre Völkerrecht werden zunehmend in Frage gestellt oder gezielt geschwächt. Gleichzeitig behindern Massnahmen im Kampf gegen den Terrorismus die Arbeit der humanitären Organisationen in Kriegsgebieten. So hat beispielsweise das IKRK keinen Zugang zu Gebieten, welche von international geahndeten Gruppierungen kontrolliert werden.

Wenn Kriegsparteien Patientinnen und Patienten sowie medizinisches Personal attackieren und Spitäler zerstören, hat das unmittelbar sichtbare, verheerende Folgen. Mittelfristig führt es dazu, dass die Bevölkerung in einer Kriegsregion entweder ohne Gesundheitsversorgung überleben oder flüchten muss. Die AMS setzt sich für den Schutz der Zivilbevölkerung ein, indem sie bewaffnete Gruppierungen in Kriegsrecht schult, Verstösse gegen das Kriegsrecht dokumentiert und die Verantwortlichen damit konfrontiert.

2016 wurden 8'600 Menschen Opfer einer Minenexplosion; 80 Prozent waren Zivilisten, davon 40 Prozent Kinder. **Nach einer mehr als zehnjährigen Phase des Rückgangs ist die Zahl der Minenopfer 2015 und 2016 drastisch gestiegen.**

Im **Gazastreifen** wurden dank der Finanzierung der AMS zwischen 2014 und 2017

29 Tonnen

Kriegsprengstoff zerstört.

Auf dem Balkan wurde in der Rechenschaftsperiode

1'920'000 m²

Land entmint.

Herausforderungen

Bewaffnete Konflikte fordern immer mehr zivile Opfer und das humanitäre Völkerrecht wird zunehmend missachtet und geschwächt. Die Zahl von Vertriebenen aufgrund dieser Konflikte, aber auch aufgrund von Menschenrechtsverletzungen, Armut, Naturkatastrophen und Klimawandel ist so hoch wie seit dem 2. Weltkrieg nicht mehr. Die AMS setzt sich auf diplomatischem Weg für den Schutz dieser Menschen ein und engagiert sich für die Verbesserung der Politikkoharenz in der globalen Migrations- und Fluchtlingsgouvernanz, zum Beispiel in der Umsetzung der neuen UNO-Rahmenabkommen zum besseren Schutz von Flüchtlingen und Migrantinnen und Migranten.

Impressum:

Herausgeber:

Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA
Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA
Freiburgstrasse 130
3003 Bern
Telefon +41 (0)58 462 44 12
www.deza.admin.ch
deza@eda.admin.ch

Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
Staatssekretariat für Wirtschaft SECO
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Holzikofenweg 36
3003 Bern
Telefon +41 58 468 60 56
www.seco-cooperation.admin.ch
info.cooperation@seco.admin.ch

Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA
Staatssekretariat STS/EDA
Politische Direktion PD
Abteilung Menschliche Sicherheit AMS
Bundesgasse 32
3003 Bern
Telefon +41 58 462 44 12
www.eda.admin.ch
pd-ams@eda.admin.ch

Redaktion/Koordination:
Direktionsstab DEZA
SECO Politik und Qualität
Stab AMS

Grafik:

Lucas Veltman, grafik | veltman, Langenthal
www.grafik-veltman.ch

Diese Publikation ist auch auf Französisch und Italienisch erhältlich.

Der Bericht kann online auf www.deza.admin.ch unter Resultate und Wirkung und www.seco-cooperation.admin.ch unter Dokumentation bezogen werden.

Bern, 2018